Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Zeile in Petitschrift 2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 556. Mittag-Ausgabe. — Vierundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. — **Donnerstag, den 27. November 1873.**

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

9. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 26. November).

11 Uhr. Am Ministertische Graf zu Eulenburg, Camphausen und Falk.

Zunächst wird die Interpellation des Abgeordneten Virchow verlesen: „In der Sitzung vom 26. November 1869 hat die Staatsregierung ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, folgendem Beschlusse des Abgeordnetenhauses zu entsprechen: die Staatsregierung aufzufordern, mit dem nächsten Etatsentwurfe dem Hause zugleich eine Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben sämmtlicher Provinzial-, Communal- und Kreisverbände, Stadt- und Landgemeinden, einschließlich der Kirchen-, Pfarr-, Schul- und Armenverbände unter Scheidung der Einnahmen in solche aus Steuern und solche aus Grundeigenthum, Stiftungen und dergleichen vorlegen zu lassen. Der Vertreter der königlichen Staatsregierung machte nur den einen Vorbehalt, daß die Vorlage vielleicht nicht bis zur nächsten Etatsberathung fertig gestellt werden könnte. Seitdem sind vier Jahre vergangen. Ich richte nunmehr die Anfrage an die Staatsregierung: Sind die Vorarbeiten für die Aufstellung der geforderten Uebersicht so weit fortgeschritten, daß die Vorlage derselben bei der gegenwärtigen Etatsberathung erwartet werden darf?“

Abg. Dr. Virchow: Die sehr wichtige Angelegenheit ist von diesem Hause schon seit 1862 verfolgt worden. Als es sich in den ersten Stadien des Conflicts darum handelte, die Steuerfähigkeit des Landes genauer kennen zu lernen, hat man sich klar gemacht, daß es sich nicht blos um die Höhe der Belastung durch Staatssteuern handeln könne, sondern, daß man nothwendigerweise das Gesammte der finanziellen Leistungen des Landes feststellen müsse. Die Regierung hat damals sich bereit erklärt, Untersuchungen dieser Art anzustellen und das Resultat dem Hause mitzutheilen. Da dies in den nächsten Jahren nicht geschah, wies ich in der Session von 1869 auf 1870 von Neuem auf diesen Punkt hin und das Haus nahm damals den betreffenden Antrag an. Es liegt hier eine empfindliche Lücke unserer Kenntnisse vor und für die weiteren Schritte auf dem Wege der Finanzreform, insbesondere auch für die Neuordnung der Provinzialverwaltung und der sich daran knüpfenden weiteren Gesetze, durch die den Provinzen und Kreisen neue Lasten aufgebürdet werden, muß nothwendig eine Grundlage gewonnen werden, um zu ersehen, in wie weit die gegenwärtige Belastung reicht. Die königliche Regierung ist in der zugesagten Form wirklich vorgegangen und ich habe selbst als Mitglied der statistischen Centralcommission die Anlagen berathen, nach welchen diese Aufstellungen geschehen sollten, und schon damals lagen bestimmte Probeleistungen vor, welche zeigen, daß zum großen Theil wenigstens die Sache ausführbar sei. Mir scheint die Zeit, welche die Regierung auf Lösung dieser Aufgabe verwendet, eine unverhältnißmäßig große und ich möchte eine etwa eingetretene Stockung aufheben und bewirken, daß wir noch im Laufe dieser Session in den Besitz des bereits angesammelten Materials gelangen. Selbst das lückenhafte Material wird mir lieber sein, als wenn wir gar nichts erfahren. Wir würden daraus z. B. erfahren können, wie viel die einzelnen Gemeinden in Beziehung auf die Schule leisten, um zu beurtheilen, wie weit künftig der Staat, wie weit die Gemeinden hierfür einzutreten haben werden.

Der Minister des Innern: Von den seiner Zeit von der Regierung zugesagten Arbeiten ist bis jetzt fertig geworden die Finanzstatistik für die Provinzial- und communalständischen Verbände. Ich hatte eigentlich die Absicht, dieselben erst bei Einbringung der Provinzialordnung in den Motiven mitzutheilen; wenn aber Werth darauf gelegt wird, so kann ich das Material gleich vertheilen lassen, es ist bereits gedruckt. Die Finanzstatistik für die Kreisverbände ist noch nicht ganz fertig, allein sie wird bereits im statistischen Bureau bearbeitet und das Erscheinen derselben kann ich in nächster Zukunft in Aussicht stellen. Ob die Einnahme- und Ausgabestatistik der Städte- und Fleckengemeinden so schnell erscheinen wird, kann ich nicht bestimmt voraussagen. Das liegt darin, daß es erstens außerordentlich schwer ist, Formulare aufzustellen, welche übersichtlich und gleichmäßig die Resultate der Finanzverwaltung der Communalverbände klarlegen. Sodann konnten diese statistischen Erhebungen erst nach dem Kriege im Laufe des Jahres 1871 beginnen und es war ein großer Theil der eingereichten Nachweisungen so fehlerhaft und lückenhaft, daß sie wieder zurückgegeben und verbessert werden mußten und das hat dann eine geraume Zeit in Anspruch genommen. Was die Landgemeinden anbetrifft, so liegt der Uebelstand vor, daß hier ein geordnetes Rechnungswesen in den östlichen Provinzen noch gar nicht existirte. Ich habe deshalb erst im Jahre 1870 die Anweisung ertheilt, daß in sämmtlichen Landgemeinden der östlichen Provinzen eine regelmäßige Buchführung in ihrer Finanzverwaltung eingerichtet werde, und ich werde, sobald das erst in Gang kommt, die Formulare aufstellen lassen und dann mit der Statistik beginnen. Ich behalte die Sache im Auge und kann versichern, daß soweit irgend die Sache gefördert werden kann, sie meinerseits gefördert werden wird.

Damit ist die Interpellation erledigt.

Das Haus tritt nunmehr in die erste Berathung des vom Abg. Windthorst (Meppen) eingebrachten Gesetzentwurfes betreffend die Abänderung der Art. 70, 71, 72 und 115 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 (betreffend die Einführung des directen allgemeinen Wahlrechts in Preußen).

Abg. Windthorst (Meppen): Der vorliegende Antrag wird von allen meinen Freunden vertreten; seine Begründung, welche mir aufgetragen ist, vertrete ich allein (Hört! hört! links), obwohl ich im Ganzen und Großen die Anschauungen meiner Freunde zum Ausdruck zu bringen hoffe. Wir haben in Preußen das allgemeine Wahlrecht nur verballhornt durch das Dreiklassensystem. Ob es sonst mit dem allgemeinen Wahlrecht im deutschen Reiche zusammenfällt, darüber kann man streiten. In Preußen ist jeder Selbstständige zum Wählen berufen, im deutschen Reiche wird die Selbstständigkeit nicht so betont. Die Selbstständigkeit in Preußen ist dubiae interpraetationis und die Auslassung der Regierung sind zu verschiedenen Zeiten verschieden gewesen. In der Stadt Hannover z. B. ist das Wahlrecht so ausgedehnt, daß sogar junge Männer, die unzweifelhaft noch in väterlicher Gewalt standen, zu den Wahlen zugelassen wurden; auf dem Lande unmittelbar in der Nähe hat man selbstständige Tagelöhner und Verwalter ausgeschlossen. Ich erhebe keine Beschwerde darüber, ich behaupte nur, daß die Auslegung eine zweifelhafte ist. In Preußen ist dann das indirecte Wahlrecht in der Art, daß die Urwähler Wahlmänner wählen, welche den Abgeordneten bezeichnen, der im deutschen Reiche vom Volk selbst direct gewählt wird; endlich ist in Preußen die öffentliche Stimmenabgabe, im deutschen Reiche die Zettelabstimmung vorgeschrieben.

Ich halte nun dafür, daß das im deutschen Reiche bestehende Wahlrecht richtiger und gesunder ist, behaupte aber damit noch nicht, daß es das ideale, absolut theoretisch richtige und vollkommenste ist. Denn so lange Staatenbildung in der Geschichte sich gezeigt hat, haben sich die politischen Kämpfe um diese Frage gedreht und alle Theoretiker wichen in ihren Resultaten unerachtet ganz verschiedener politischer Stellung von einander ab, so daß es unmöglich sein wird, ein allgemein als richtig anerkanntes Wahlsystem aufzustellen. Es ist nur möglich nach den besonderen Verhältnissen des betreffenden Landes, nach der Entwickelung der Dinge in demselben das relativ beste Wahlsystem aufzustellen. Ich persönlich nehme keinen Anstand zu sagen, daß, wenn es möglich wäre, ein altdeutsches ständisches Wahlrecht zu haben, ich es gern annähme. (Hört! hört! links.) Ich habe das erwartet (Heiterkeit). Dazu gehören die ständischen Grundlagen: wo es aber derartige Grundlagen nicht mehr giebt, da ist es ein inepter Versuch sie anzustreben. Nun aber hat kein Staat in Deutschland — weiter will ich meinen Blick nicht ausdehnen — entschiedener und consequenter seit langer Zeit alle ständischen Elemente bekämpft und vernichtet, als der preußische Staat (Sehr richtig! links); der letzte Rest ist in der Kreisordnung begraben und, was etwa noch fehlen sollte, werden die Herren Vertrauensmänner der liberalen Parteien dem Herrn Minister des Innern wohl unter den Fingern wegziehen. (Heiterkeit.) In Preußen kann von einer derartigen ständischen Vertretung keine Rede mehr sein, weil Alles in Atome zerschlagen ist. Man hat ein Moderamen in dem Dreiklassensystem, der indirecten Abstimmung und der Oeffentlichkeit derselben. Es wäre möglich vielleicht noch eine Zeit lang mit dem alten System weiter zu leben, ich habe mich auch wohl gehütet einen solchen Antrag vor Vollendung der Kreisordnung einzubringen; aber es ist ein schwerwiegendes Faktum eingetreten. Man hat in dem Staatswesen höherer Ordnung, welches über dem preußischen Staate steht, im deutschen Reiche ein anderes System eingeführt, und ich halte es für unmöglich, daß in dem größten, maßgebenden Staate ein abweichendes System zur Anwendung kommt; denn nothwendigerweise müssen die Staaten niederer Ordnung dem Impulse des höheren folgen.

Dazu kommt noch, daß das Dreiklassensystem nach dem einstimmigen Urtheile Aller eine Karrikatur ist, es ist rein dem Zufall überlassen, wie die drei Klassen zu bilden sind. Da ich jedoch in Preußen nicht so zu Hause bin, so will ich eine Autorität anführen, welche unzweifelhaft preußisch ist, welche die preußischen Verhältnisse kennt, welche den preußischen Verhältnissen „Ziel und Richtung“ vorschreibt (Heiterkeit), welche die Herren auf der liberalen Seite des Hauses als eine unzweifelhafte und untrügerische anerkennen werden. (Heiterkeit. Redner verliest den bekannten Passus aus der Rede des Fürsten Bismarck vom 28. März 1867, in welchem das Dreiklassensystem als ein „widersinniges, elendes Wahlgesetz, wie es kein schlechteres gebe“, bezeichnet wird.) Aehnlich äußerten sich bei Berathung des Reichstagswahlgesetzes die Wortführer der conservativen Partei, von Blankenburg und Wagener (links: Hört! Hört!). Es scheint, als ob die Autorität des letzteren Herrn bezweifelt wird. In diesen Dingen, m. H., hatte der Herr mehr politische Weisheit in seinem kleinen Finger, als die Redactionen von zwölf national-liberalen Zeitungen. (Stürmische Heiterkeit.) Die beiden genannten Abgeordneten hielten das allgemeine directe Wahlreicht für conservativer als das Dreiklassensystem; der Abgeordnete Wagener fügte noch hinzu, ob denn ein Grenadier von Königgrätz, der zufällig nicht große Steuern zahlen kann, nicht so viel wiegen solle, wie ein zufällig reich gewordener Specereihändler. Damit traf er einen preußischen Gedanken, die allgemeine Wehrpflicht. Wer diese als ein politisches Evangelium ansieht, wird Unrecht thun, wenn er nicht auch alle Wehrpflichtigen zu den Wahlen zuläßt. Man kann keine größere Actie in das Staatsleben hineinwerfen, als seine eigene Person und seine eigene Existenz. (Sehr wahr! im Centrum.)

Dagegen kommen die paar Groschen Steuer mehr oder weniger gar nicht in Betracht. Außerdem aber hat die preußische Staatsregierung beim seligen Bundestage im April 1866 bereits ausgeführt, daß nach ihrer Ueberzeugung das allgemeine Wahlrecht conservativer sei, als das Dreiklassensystem. Damit will ich die Zahl der Autoritäten noch nicht beendigen; ich frage die Väter der nationalliberalen Partei, die Mitglieder des Nationalvereins, ob sie nicht bei Gründung desselben immer und bestimmt auf das Reichswahlgesetz von Frankfurt verwiesen und verlangt haben, daß danach die Wahlen geordnet werden sollen. Ich frage die verehrten Führer der Fortschrittspartei (Bewegung links), deren größere Anzahl aus den Wahlen der intelligenten Stadt Berlin hervorgegangen ist (Heiterkeit), haben sie nicht immer das allgemeine Wahlrecht verlangt und noch in den letzten Tagen Ihren Wählern gesagt, sie würden dafür einstehen? Also Regierung, Conservative, Nationalliberale, Fortschritt, alles war einig. (Abg. Virchow: Bloß das Centrum fehlte!) Wenn der Abg. Virchow meint, das Centrum wäre zurückgeblieben, so bitte ich ihn, zu zeigen, wo das einen Ausdruck gefunden hat; was mich betrifft, so kann ich versichern, wenn der Abg. Virchow meine Memoiren liest — da ich alt bin, werde ich vor ihm sterben — so wird er finden, daß ich zu einer Zeit dafür eingetreten bin, wo er wahrscheinlich noch nicht davon geträumt hat. (Heiterkeit.) In Hannover bestand kein allgemeines, sondern ein wesentlich ständisches Wahlrecht; es war mir klar, daß das auf die Dauer nicht haltbar sei; aber es bestand eine Schranke in der Bundesacte, wo eine landständische Verfassung vorgeschrieben war. Jetzt ist an Stelle der Bundesrechte das deutsche Staatsrecht getreten, und das Reich wird jedenfalls niemals einen einzelnen Staat abhalten können, sich auf dieselbe Basis zu stellen, auf welcher es selber steht.

Wir sehen nun noch, daß es in allen Staaten der Welt mit dem beschränkten Wahlrecht nicht mehr geht; in Amerika hat man es auf die Neger ausdehnen müssen; in England schreitet die Reform stetig fort; in anderen Staaten besteht das allgemeine Wahlrecht bereits und man mag sich sperren wie man will, man wird auch bei uns zu dieser letzten Consequen kommen. Man könnte nun aber der Meinung sein, daß man die indirecten Wahlen mit Aufhebung des Dreiklassensystems bestehen lassen könne, weil ja dann die Bestimmung der Abgeordneten in Händen von hervorragenden Männern von höherer Intelligenz und Bildung liege. Ich glaube, das ist eine Illusion; in Wahrheit meinen die Vertheidiger des indirecten Wahlrechtes auf einen kleinen Haufen besser und erfolgreicher einwirken zu können, als auf einen größeren. Wenn wir die Dinge ansehen, wie sie thatsächlich liegen, so müssen wir sagen, daß das indirecte Wahlrecht nur ein leerer Schein ist; denn in jedem Wahlkreise wußte man gleich nach den Wahlmännerwahlen, wie es mit den Abgeordnetenwahlen stand (Widerspruch links); nur in Bezirken, wo die Parteien sich sehr scharf und gleich gegenüber standen, konnte man zweifelhaft sein, aber die Abstimmung war bei keinem Wahlmann zweifelhaft. (Widerspruch links.) Dann aber hat es mit dieser angeblichen besseren Bildung doch sein Eigenthümliches. Was ist Bildung? (Heiterkeit.) Aus Ihrer Heiterkeit entnehme ich die Definition nicht; es giebt eine Fortschrittsbildung, eine nationalliberale Bildung, eine freiconservative Bildnng, eine Centrumsbildung. (Heiterkeit.) Jeder definirt sie nach sich selbst, Jeder hält sich für den allein Gebildeten. (Wiederspruch links! Sehr wahr! Centrum). Wenn die Einzelnen es nicht thun, die Parteien thun es gewiß. Nach meiner Meinung haben die Wähler der dritten Klasse mehr Rechtssinn als die der zweiten und ersten. (Hört! hört!) Sie sind conservativer als die Männer des Geldes. (Ruf links: Socialdemokraten!)

Das destructive Element der Welt ist das Geld, und der Versuch, das allgemeine Wahlrecht durch den allgemeinen Geldbeutel zu corrigiren, ist das allerbedenklichste Mittel. Die Classen, wo dieses destructive Element vorzugsweise zu Hause ist, sind am meisten angefressen von den Ideen des modernen heidnischen Staates (Bewegung links), und ich kann es weder für klug, noch conservativ, noch für verständig politisch erachten, den Schwerpunkt der staatlichen Verhältnisse in diese Classe zu legen. (Sehr wahr! im Centrum.) Endlich komme ich zur socialen Frage, die zu Einwendungen benutzt werden könnte. Sie bewegt die Welt mehr und tiefer, als es anscheinend bemerkt wird; wenigstens kommt es mir vor, als ob über der Katholikenhetze, die jetzt stattfindet, (Lebhafter Widerspruch links; Zustimmung im Centrm.) man diese Frage vergessen machen oder einschläfern wolle. Ich halte die sociale Frage für furchtbar ernst. Ich halte es für wichtiger, uns damit gründlich zu beschäftigen, als hier Kirchen- und Schulpolitik zu treiben. (Lebhafter Widerspruch links; Beistimmung im Centrum.) Ich beklage die vielen Verirrungen auf dem Gebiete der socialen Frage auf's Tiefste, besonders aber die vielen Zeichen von Irreligiosität, welche sich dabei gezeigt haben. (Hört! Hört! im Centrum. Widerspruch links.) Aber fragen wir uns recht ernsthaft, haben wir unsere Pflicht erfüllt? Damit diese Frage gründlich erörtert werde, hätte ich nichts dagegen, wenn auch einige Bänke der Nationalliberalen mit Leuten besetzt würden, die sich mit dieser Frage beschäftigen. (Hört! Hört! links.) Ich halte es in allen Staaten für bedenklich, wenn ein großer Theil der menschlichen Gesellschaft außerhalb der berathenden Körperschaft steht, und und auf den Straßen debattirt (Beifall im Centrum.)

Wir müssen sie innerhalb der Regeln der Gesetze mit uns debattiren lassen, müssen versuchen, sie von der Irrigkeit und Verwerflichkeit ihrer Anschauungen zu überzeugen oder uns überzeugen lassen. Uebrigens habe ich gar keine Furcht, daß durch Annahme des von mir vorgeschlagenen Wahlgesetzes ein Uebermaß der Art entstehen werde. Ich komme nun zur Frage der öffentlichen oder geheimen Abstimmung. Ich habe früher geglaubt, die öffentliche Stimmabgabe sei die richtige und geeignet, das Volk politisch zu erziehen; ich hatte dieselbe Anschauung, die Stuart Mill näher entwickelte. Aber nachdem ich in den preußischen Staatsverband eingetreten war und die Wahlmethode sehe, da sage ich: es geht nicht. Wenn ich sehe, wie bei den letzten Wahlen die Regierung, ein Theil der Großgrundbesitzer, besonders die schlesischen Magnaten (Hört! Hört! im Centrum), viele Fabrikanten in den Städten Einfluß geübt haben, dann muß ich sagen, es heißt der menschlichen Natur zu viel zugemuthet, einem solchen Terrorismus gegenüber Stand zu halten. Ich selbst bin Zeuge gewesen, wie Staatsbeamte vom Präsidenten bis zum Gerichtsboten herab wie ein Mann stimmten (Heiterkeit), und auf mein Erstaunen wurde mir die Antwort: Wir konnten nicht anders; wir waren von unseren Vorgesetzten aufgefordert zu erscheinen und mit den Nationalliberalen zu stimmen. (Heiterkeit.) Das muß ein Ende nehmen, wir müssen den Leuten die Möglichkeit gewähren, nach freier Ueberzeugung stimmen zu können, ohne ihre Existenz auf's Spiel zu setzen. (Sehr wahr! im Centrum.) Ich könnte noch sehr lauge und ausführlich fortfahren (Widerspruch links), ich will es aber vorerst dabei bewenden lassen und nur noch einige Punkte berühren. (Bedauern links.) Ja, meine Herren, wenn ich das Wort habe, behalte ich es. (Heiterkeit.) Man sagt, warum bringen Sie uns einen solchen Antrag schon jetzt und so rasch. (Sehr richtig! links.)

Deshalb weil zur Durchführung einer Verfassungsänderung bekanntlich viel Zeit nöthig ist. Die Herren sagen, wir hätten bis zum dritten Jahre der Legislaturperiode Zeit gehabt. Ja, wenn ich nur ganz gewiß wüßte, daß wir im dritten Jahre noch zusammen sind! Ich will Ihnen ganz ehrlich sagen, nach meiner Meinung stirbt das gegenwärtige Abgeordnetenhaus sehr leichtlich in den Kinderjahren. (Bewegung.) Ich halte dafür, daß in dem gegenwärtigen Hause die conservativen Elemente nicht genügend vertreten sind. (Widerspruch und Heiterkeit links.) Ja, meine Herren, das finden Sie (nach links gewendet) lächerlich; Sie glauben ohne Zweifel, Ihre Wandlung in eine ministerielle Partei habe sofort den Conservatismus in Sie hineingebracht; das müssen wir noch erst erleben. Der Parquetboden in den Antichambren der Minister ist glatt. (Heiterkeit.) Die conservativen Elemente des Landes sind durch die Staatsregierung ungebührlich zurückgedrängt; die „Provinzial-Correspondenz“ macht dazu ein süßsaures Gesicht (Heiterkeit), woraus ich entnehme, daß sie in ihrer politischen Heuchelei noch nicht soweit gekommen ist, als ich erwartet hatte. (Heiterkeit.) Wenn ein wesentliches Element in der Vertretung fehlt, so ist ihre Dauer nicht sehr sicher; ich wenigstens übernehme die Versicherungsprämie nicht. Deshalb habe ich nicht bis zum dritten Jahre gewartet. Wenn man gesagt hat, der Antrag sei gegen die Regierung gerichtet, so frage ich, wie ist es möglich, da dieselbe ihre Autorität dafür geltend gemacht hat? Es ist dann noch gesagt, es sei ein Versuch, den liberalen Parteien Verlegenheit zu bereiten. (Heiterkeit im Centrum.) Wenn Sie ihn für gut halten, nehmen Sie ihn an; wenn das Gegentheil der Fall ist, geben Sie Ihre Gründe an und stimmen dagegen. Ist da eine Verlegenheit? Man hat gesagt, wir versuchten eine Spaltung der liberalen Parteien. Wenn ich diesen Versuch machen wollte, würde ich wenig Einsicht haben; der Kitt, welcher Sie (nach links gewendet) verbindet, wird wohl aushalten.

Ich bin mir ganz klar bewußt, daß es eine vollständig compacte Majorität von den Neuconservativen bis zur Hälfte des Fortschritts giebt. (Heiterkeit.) Ueber den Namen streiten Sie noch, die Sache ist vorhanden. Sie trennen kann ich nicht, aber Eins weiß ich gewiß, was ich nicht trennen kann, das wird das Volk dereinst zur Rechenschaft ziehen. (Heiterkeit.) Endlich heißt es, das ist ein Geschenk, aber aus einer Hand, aus der wir nichts annehmen. (Sehr richtig! links.) Ich bin so voll Wohlwollen (Heiterkeit), daß, wenn ich Ihnen ein Geschenk machen könnte, ich es gewiß thäte; aber ich bitte mir ja von Ihnen ein Geschenk aus. Wir können das Gesetz nicht durchbringen. (Sehr richtig! links.) Sie können es. Wenn die Presse unter Anführung officiöser Organe täglich dahin stimulirt, man solle an sich berechtigte Anträge nicht sachlich bekämpfen, sondern einfach zurückweisen weil sie von einer einzelnen Partei ausgehen, die sich der Gunst dieser officiösen Organe nicht erfreut, diese Weise nenne ich kindlich, kindisch, närrisch. (Sehr gut! im Centrum.) Ich meine, daß uns das preußische Volk hierher gesandt hat, Alles, was uns vorgelegt wird, ruhig und unparteiisch zu prüfen und dann sachlich zu entscheiden und nicht danach, was diese oder jene Partei darüber denkt, oder ob diese oder jene Partei es bringt. Weder die Verfassung, noch die Geschäftsordnung kennt Parteien. Wir sind verpflichtet, alle Anträge ruhig und sachlich zu erörtern. Wenn die Blätter eine solche Verpflichtung leugnen, so beweisen sie, daß sie das constitutionelle System nicht verstehen; das sind Lohnschreiber, aber keine Publicisten. (Beifall im Centrum.) Ich weiß, daß man vielfache Berathungen gehalten hat, wie man den unbequemen Knaben, der sich in diesem Antrage präsentirt, am kürzesten, rascheſten und graciösesten den Hals brechen kann. Ich sage Ihnen, dieser Antrag wird durchgehen, wenn Sie ihn auch auf sechs Monate verschieben. (Beifall im Centrum.)

Es melden sich 16 Redner zum Wort, und zwar gegen die Abgeordneten Lasker, Virchow, Rickert, Kieschke, Jung, Langerhans, Hänel, Tiedemann, v. Gerlach, Windthorst (Bielefeld), Lorenzen; für v. Mallinckrodt, Reichensperger, v. Schorlemer-Alst, Duncker.

Abg. Lasker (gegen den Antrag): Der Antragsteller hat mit gewohntem Geschick nach jeder Seite hin die erwünschten Folgen seines Antrages hervorzukehren gewußt, so daß er am Schluß sagen konnte, der Antrag habe seinen Zweck bereits erreicht. Man mag ihn als Wahlagitationsplan auffassen (Unruhe im Centrum) — warten Sie die Begründung ab, warten Sie auch ab, ob ich mich gegen Ihre Partei in solchen Ausdrücken ergehen werde, wie der Herr Vorredner dies gethan hat, oder als einen wirthschaftlichen Antrag, um zehn oder zwölf Wahlsitze mehr zu gewinnen, oder als ein Manifest der clericalen Partei, — alle diese Zielpunkte hat der Redner berücksichtigt einschließlich des Wunsches der Clericalen sich mit den Socialisten gegen einen Theil der liberalen Partei zu verbinden. Für uns war alles das nicht neu, wir wußten, daß Sie mit Ihrem Antrag nicht eine ideale Erörterung, einen idealen Beschluß herbeiführen wollten, sondern, daß Sie den practischen wirthschaftlichen Zweck verfolgen, durch das allgemeine Stimmrecht einige Stimmen mehr zu erhalten, als Sie mittelst des Dreiklassensystems zu gewinnen vermochten. Damit verband sich wohl noch die Absicht, im Hause selbst eine Wirkung zu erreichen, wenn nicht die Mehrheit den festen Willen hätte, eine solche Wirkung nicht aufkommen zu lassen, sondern abzuwehren. Auf das Gebiet beleidigender Herausforderungen der Liberalen, die er als ministerielle Partei kennzeichnet und sich auf den Parquets der Minister bewegen läßt, will ich ihm nicht folgen und die kränkenden Worte, die mit Geschick von dem Charakter der Beleidigung freigehalten sind, die einer entschiedenen Abweisung bedurft hätten, ebensowenig vergelten als einen scherzhaften Ton nachahmen, der weniger dieses Haus zu überzeugen, als nach einer andern Seite Eindruck zu machen bestimmt schien. (Sehr gut! links.) Mir ist diese Gelegenheit willkommen als der erste Anlaß einer ernsten Discussion (die neuliche Interpellation hielt ich nicht für einen solchen), um mich offen über die Situation des Hauses und des Landes, so wie darüber auszusprechen, wie weit wir im Stande sind, mit Ihnen zusammenzuwirken und wo sich unsere Wege aus Gründen der höchsten Politik und dem Wunsche des Landes gemäß trennen müssen.

Der Antrag auf allgemeines Wahlrecht hätte im Ganzen etwas Anziehendes für uns, die wir es länger und ausdrücklicher vertreten haben, als Sie im Centrum, die Sie, aus clericalen Wahlen hervorgegangen, diesem allgemeinen Wahlrecht ein Compliment machen gegen den Syllabus. (Widerspruch im Centrum. Beifall links.) Es freut mich, daß Sie den Inhalt des Syllabus so leicht nehmen, ohne mich darum in ihr Gewissen einzumischen, Ihnen Vorwürfe zu machen und Sie darum auch nur äußerlich für minder gute Katholiken zu halten. Ich überlasse Ihnen, sich mit Ihren hochgeschätzten Büchern abzufinden und freue mich, daß Ihre Anerkennung des allgemeinen Wahlrechts den Irrthum widerlegt, als ob die Worte des Syllabus jedem gewöhnlichen Menschen verständlich seien. (Sehr gut.) Aber nachdenklich sollte es Sie machen, daß unter den Rednern gegen Ihren Antrag sich Männer befinden, die ihr Leben lang das allgemeine Wahlrecht öffentlich vertreten haben und noch vertreten. Diese Männer sind doch nicht plötzlich Ihnen zu Gefallen Heuchler und Abtrünnige geworden, nur um Ihrer Charakterfestigkeit vor dem Volk als Folie zu dienen. Sollten jene Männer nicht vielleicht höheren Pflichten zur Zeit eine stärker bindende Kraft beilegen und nur deshalb Ihnen auf Ihrem Wege nicht folgen, damit diese höheren Pflichten unverletzt bleiben? Auch das ist keine unliebsame Erscheinung, daß der gewiegte Führer dieser Partei diesmal die Wendung macht die liberale Partei anzuziehen, um für sie zu wirken. In der vorigen Session versuchte er es mit der conservativen. Dies ist ein bedeutsamer Zug in dem Bilde Ihrer gesammten Politik, das ich heute geben will. (Lachen im Centrum.) Es wird Sie nicht lachen machen, dieses Bild, denn Niemand lacht, der sein eigenes Bild sieht und die Züge entdeckt, an denen er selbst im Stillen keine Freude hat. Damals nämlich war die conservative Partei noch sehr mächtig, Sie meinten mit ihr wirken zu können, Sie umarmten sie, immer Herr Windthorst voran, und was ist die Folge dieser Umarmung? Sie haben die Heißgeliebte getödtet. (Sehr gut!) Dieselbe Umarmung bieten Sie jetzt uns an, aber wir gehen auf Ihre Lockung, Ihre Agitation, in der der Keim der Tödtung schon steckt, nicht ein. (Beifall.)

Bis 1866 waren Sie mit der Verfassung sehr zufrieden, welche die Unabhängigkeit der Kirche garantirt hat, und noch mehr mit der Verwaltung,

welche die betreffenden Paragraphen der Verfassung so auslegte, wie sie nicht gemeint waren, bis unsere Declaration im v. J. den richtigen Sinn wiederhergestellt hat. (Unruhe. Sehr gut!) So haben Sie eine Stellung eingenommen durch die wenigen Vertreter, die Sie als entschieden Clericale hier im Hause hatten, daß Sie einerseits verfassungsmäßig auftraten, andererseits aber die Regierung selbst in der schlechtesten Zeit nicht allzusehr angreifen ließen, weil Ihnen die Praxis in der Kirchenpolitik paßte, und damals entstand der Name „Centrum", der auf Sie paßte, damals standen Sie in Mitte zwischen der Verfassung und der Verwaltung, welche die Verfassung auf Schritt und Tritt verletzte; heute paßt dieser Name nicht mehr, heute sind Sie auf einer ganz äußersten Seite des Hauses, nur die Bänke haben Sie behalten (Heiterkeit), nur ab und zu merkte man etwas von der inneren Tendenz dieser Ihrer Vertreter. Wenn nämlich in jener Zeit bis znm Jahre 1866 Irrungen zwischen Oesterreich und Preußen vorkamen, da waren Ihre Vertreter auf Seiten Oesterreichs. Das heißt, meine Herren, ich werde nicht so weit gehen mit meinen Vorwürfen, als ob sich dies condensirt hätte zu vaterlandsfeindlichen Plänen; aber Sie erklärten als das erste Axiom: Preußen und Oesterreich zusammen seien die einzige Rettung Deutschlands — ist das nicht in der That die Wahrheit? (Von allen Seiten: Sehr richtig!) Meine Herren, ich sage in der That nur die Wahrheit, beweisen Sie (zum Centrum) das Gegentheil! Im Jahre 1866 nun, da wo man mit seiner Farbe klar herauskommen mußte, wo es nicht mehr anging, diese Stellung als Centrum einzunehmen, da waren es denn die hervorragendsten Führer Ihrer Partei, welche die äußerste Unzufriedenheit äußerten über den Kampf und mit legalen Mitteln gegen die Ordnung, die sich in dem Reiche und in Preußen vollzog, hervortraten.

Meine Herren, als diese bedeutendsten Führer Ihrer Partei darf ich die Herren Abgeordneten v. Mallinckrodt und Windthorst nennen. Ich bekenne, meine Herren, ich erschrak, als ich im norddeutschen Reichstage die erste Rede des Herrn von Mallinckrodt hörte. Denn mir war wohl vorgekommon, daß Diejenigen, die aus den annectirten Staaten als äußerste Partikularisten und noch voll Schmerz in den Reichstag gekommen waren, Preußen einen vergewaltigenden, rechtsbrüchigen, revolutionären Staat nannten, den Norddeutschen Bund anklagten als eine Zerklüftung Deutschlands: aber aus dem Munde eines Altpreußen hatte ich es noch nicht gehört; denn ich hatte nur verkehrt mit einem Collegen aus derselben Partei, der in Begeisterung über dieses neue Verhältniß nicht zurückgeblieben war hinter allen übrigen Parteien und patriotisch bewegten Männern. Aber die Rede des Herrn v. Mallinckrodt, diese Anklage gegen die Errichtung des norddeutschen Bundes, gegen die Annexionen, diese zurückgreifende Anschuldigung, daß sogar der Krieg gegen Dänemark eine Ungerechtigkeit gewesen, daß der Augustenburger ohne Grund beraubt worden sei, die hatte ich bis dahin noch nicht aus dem Munde eines altpreußischen Mitgliedes gehört. Indessen, man muß jede Ansicht gelten lassen, und Herr v. Mallinckrodt, dem ich viel Gewandtheit auch in Abwägung der Worte zutraue — trotz des größeren Eifers und sittlichen Ernstes, mit dem er im Vergleich zu anderen seiner bedeutenden Mitkämpfer zu sprechen versteht (Heiterkeit), trug sich schon damals mit dem Gedanken, der später in das Programm aufgenommen ist: auf welcher Basis sich eigentlich seine Parteigenossen sich nunmehr zu bewegen hätten, um sich allenfalls mit den neuen Zuständen aussöhnen zu können. Es wurde sofort anerkannt, daß Preußen bezüglich der Regulirung der religiösen Verhältnisse dem Standpunkte seiner Parteigenossen Genüge gethan habe, und es seien nur noch einige Kleinigkeiten zurecht zu bringen, um mit den Zuständen in Preußen sich zufrieden geben zu können.

Dennoch aber sagen sie im Allgemeinen: bei der Auswahl, wer die Leitung in Deutschland haben sollte, seien sie geneigt, Oesterreich vorzuziehen, eine Antwort, die sie damit begründeten, daß sie aus den großen Merkmalen der Geschichte so viel erfahren hätten, daß ihre Interessen besser von Oesterreich wahrgenommen würden, selbst wenn dort momentan eine anticlericale Strömung herrsche, nnd schlechter in Preußen, selbst wenn dort eine clericale Strömung begünstigt werde. Meine Herren, das wird Ihnen den Schlüssel geben zu der Politik dieser Herren von 1866 bis 1870. Im Reiche fand man sie stets im Bunde mit den Partikularisten. Die sehr klug erklügelte Bezeichnung Competenzcompetenz und alle diejenigen formalen Hindernisse, mit welchen man einen geschichtlichen Proceß aufhalten zu können vermeinte, wird für mich mit dem Namen des Herrn Abg. Windthorst verbunden bleiben. In diesem Hause begann sofort das Schauspiel, daß dieser Herr Abgeordnete sich immer an die conservative Partei wandte, ihr Gemeinschaft anbot, und das Herrenhaus becomplimentirte. Er suchte auch der liberalen Seite des Hauses sich zu insinuiren. Herr Windthorst galt vorwiegend als Repräsendant der Alliance der Conservativen und freien Parteigenossen. Der gemeinschaftliche Boden beider war die kirchliche Politik; alle die auf der linken Seite dieses Hauses sitzen, sind von ihnen unaufhörlich als Vertreter von Heiden und Ketzern ausgeschrieen worden; diese Herren vom Centrum haben die kirchlichen Wirren ins Land geworfen (Widerspruch im Centrum), Sie wünschen in Zukunft die Wahlen zu leiten; sie haben selbst zugestanden, die Liberalen aus ihren Wahlbezirken vertreiben zu wollen, weil sie Feinde der Religion seien. Viele von uns haben sich bemüht, um diesen Zunder vom Zündstoff zu entfernen (Widerspruch im Centrum). Wir haben den Petitionsbericht über die Petitionen betreffend die Klöster nicht auf die Tagesordnung kommen lassen, um nicht unnütze religiöse Discussionen zu veranlassen, da das noch nicht geeinte deutsche Reich unsere ganze Kraft in Anspruch nahm. Wenn der Herr Abgeordnete Windthorst sich über Wahlbeeinflussungen beklagt, so nimmt sich das in seinem Munde wunderlich aus. (Sehr wahr.)

Die Centrumspartei ging 1870 mit dem festen Entschluß nach Hause, die Wahl eines jeden da, wo sie die Macht hatten, zu verhindern, wenn er sich weigerte, der Centrumspartei beizutreten. So stand es vor dem Kriege. Wie sich die Herren vom Centrum während der Kriegszeit verhielten, will ich nicht beurtheilen. Es war ja nicht möglich, der einfachen patriotischen Frage gegenüber eine Spaltung hervorzurufen. Als aber die Früchte dieses Sieges eingeheimst werden sollten, da gab es nur einen einzigen Staat, wo die Möglichkeit vorhanden war, diese Einheit zu zerstören. Diesem Staate hatten wir die größtmöglichen Concessionen gemacht, und Ihre Gesinnungsgenossen in jenem Staate waren es, welche gegen diese Einheit votirt haben, um Deutschlands Zerrissenheit aufrecht zu erhalten. Im Jahre 1870 hatten **wir** keine Zeit zu Wahlagitationen, ich weiß nicht, wie weit **Sie** Zeit hatten, die Thatsache aber ist unbestreitbar, daß aus den Neuwahlen gekräftigt hervorgingen: erstens diejenigen Conservativen, welche im Regierungsapparate ein Mittel zur Wahlagitation hatten und zweitens die Clericalen. Diese beiden Fractionen hatten genügend Zeit und Mittel, die Wahlen vorzubereiten. Und nun, m. H., welche Politik begann da? Kaum waren wir zusammen, da bezeugten Sie die Neigung selbst bei den Siegen, die mit Ihren Interessen gar nicht zusammenhingen, mit den Conservativen Hand in Hand zu gehen. In der Kreisordnung war dies der Fall, in dem Armeegesetz, bei dem Oberrechnungskammergesetz, einem ganz unschuldigen Gesetz, das mit der Religion nicht das Mindeste zu thun hatte, waren dieselben Männer, welche mit den Liberalen verbunden waren, als es sich um Garantien handelte, auf Seite der Conservativen. Ich machte Ihnen daraus keinen Vorwurf m. H., es ist Ihre Stärke, daß die meisten politischen Dinge als verschwindend klein gegen den einzigen Punkt zurücktreten, den Sie vertreten.

Es liegt in Ihrer Stellung, daß Sie heute die liberale, morgen die conservative Sache — heute das allgemeine Stimmrecht, morgen den großen Census, indirectes, öffentliches Wahlrecht vertreten. Sie haben immer freie Hand, sind immer bereit Coalisationen zu knüpfen. Deswegen schon hat der Abg. Windthorst klug eingefügt, man müsse bei dem allgemeinen Wahlrecht sich nach den Verhältnissen des Landes richten; wo man glaubt die Klassen bei der dritten Wahl besser heranziehen zu können für ihre eigenen Interessen, wird diese Phrase des allgemeinen Wahlrechts genommen werden, wo Gründe der Politik, wie z. B. in Frankreich, andere Wege vorschreiben, da wird die klerikale Partei für ein anderes Wahlrecht sein, in Rom werden Agitationen für das allgemeine Wahlrecht angestellt.

Nun, m. H., im Jahre 1870 fingen Sie Gemeinschaft an mit den Conservativen. Erstens im Reichstage wurde der Antrag gestellt, d. h. von der Regierung gefordert, sie solle den Weg der Intervention in Rom sich vorbehalten, und die zweite Bedingung haben sie für die Verfassung gestellt: es solle die Kirchenfrage in die Reichsverfassung eingeführt werden, und als zu ihrem großen Erstaunen beide Anträge zurückgewiesen wurden, waren sie geschworene Feinde der Regierung. Die Hand zum Ausgleich haben sie dargeboten, so lange sie die Hoffnung dafür hatten; damals bestand die ernste Gefahr, daß die Regierung mit ihnen gehen würde. Ich habe damals von einem sehr bedeutenden Politiker die Worte gehört: man solle sich keiner Täuschung darüber hingeben, es bestehe in Europa, wie dies gewöhnlich nach so großen Actionen zu geschehen pflegt, Neigung zu starker Reaction, diese Reaction habe diesmal klerikale Tendenz und die Regierung Deutschlands möchte einen Augenblick schwanken, wohin sie sich zu wenden habe, namentlich Angesichts der schwer gefährdeten gesellschaftlichen Interessen, welche die Commune in Paris darbot.

Als die Regierung sich gegen sie entschieden hatte, von da ab, gab es keine Transaction im Reiche, und sie verlegten den Schwerpunkt der Action in das preußische Abgeordnetenhaus. Hier glaubten sie, die damalige Mehrheit hätte die Bedeutung, im ganzen Ministerium würde Herr v. Mühler am besten unterstützt. Die Conservativen folgten ihren Lockrngen, sie werden sich erinnern, was aus dieser Coalition entstanden ist. Als der preußische Staat eingesehen hatte, daß es auf diesem Wege nicht fortgehen könnte und er den Kampf gegen die Entstaatlichung, welche einzureißen drohte, mit dem Schulaufsichtsgesetz anfing, da haben kurzsichtige Politiker der conservativen Partei mit ihnen eine Gemeinschaft geschlossen, und es fehlten ihnen nur wenige Stimmen, daß die kräftigste Regierung Preußens eine Niederlage erlitten hätte, durch die klerikal-conservative Coalition. (Sehr richtig!) Darauf wurde der Kampf fortgesetzt; Sie stimmten, wenigstens Ihre Coriphäen gegen die Kreisordnung, die uns am Herzen lag und die Coriphäen der conservativeu Partei stimmten mit Ihnen gegen die Kirchengesetze. So glich sich dies aus. Nachdem es Ihnen gelungen war, die Conservativen gänzlich zu zersplittern, kamen die Neuwahlen. Sie erklärten, noch strenger müsse gewählt werden, es müßten selbst diejenigen Abgeordneten, welche Ihre Tendenzen in der freiconservativen Partei vertraten, eingezogen werden (Heiterkeit), keiner dürfe außerhalb des Rahmens Ihrer Partei bleiben. Ich wundere mich, daß Sie mit diesen Hilfsmitteln auch sonst noch eine große Zahl von Stimmen für Ihre Partei gewonnen haben. Dies macht mich keinen Augenblick besorgt, und zwar darum, weil auch das übrige Land erklärt hatte nicht **einen** Abgeordneten wollen wir wählen, der noch Miene machen könnte, irgend welchen Verlockungen jener Partei Statt zu geben. (Sehr richtig! Bravo!)

Sie haben, m. H., jetzt nur noch die rein clericalen Wahlbezirke übrig behalten. Sehen Sie sich die Freunde von ehedem an, heute ist ein Mitglied eingetreten, welches beim Schulaufsichtsgesetz noch mit Ihnen stimmte, aber dieses Mitglied, welche Wahlrede hat es gehalten? (Heiterkeit), sie ist von den Wahlreden liberaler Candidaten keineswegs verschieden (Sehr gut!), mag dieses Mitglied auch immerhin selbst der altconservativen Partei nach wie vor angehören. Das Land hat den Wunsch ausgesprochen: keine Verlockung soll stark genug sein, um schwach gesinnte Gemüther zu verführen, wiederum eine Allianz eintreten zu lassen, die mit dem Verderben derjenigen enden muß, welche zu dieser Allianz unter irgend einem Vorwande sich hergeben. (Sehr gut!) Meine Herren! Was hat das Land gewollt mit seinen Wahlen? Es hat deutlich genug gesprochen; sprechen Sie in Ihrer witzelnden Weise so viel Sie wollen über ministerielle Parteien, Sie wissen, daß alle Vorwürfe, die Sie gegen die Nationalliberalen geschleudert haben, den Nationalliberalen im Lande nichts geschadet haben. Solche Champagnerredensarten verfließen bald, und die Wahrheit tritt unverhüllt zu Tage. Das Ministerium hat auch nicht angenommen, daß ihm eine ministerielle Partei von allen Liberalen hier gewährt worden sei. Aber das Volk hat einen Pakt geschlossen zwischen der Regierung und den Liberalen, uns zu verständigen über die große Frage der Selbstverwaltung, über wirtbschaftliche Verhältnisse, endlich über die Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche. (Sehr richtig.) Da hat denn das Land, ohne imperativ zu sein, seinen Abgeordneten das Mandat gegeben, auf diesem Boden der Verständigung zu verharren trotz aller Lockungen von gegnerischer Seite (Sehr richtig) Glauben zu machen, daß eigentlich die Fortschrittspartei mit Ihnen eine Gemeinschaft haben. Nein, meine Herren, das wird völlig verfehlt sein. (Bewegung.) Sie dürfen wirklich nicht den Ideengang der ab und zu die Fortschrittspartei abweichend von uns leitet, als irgend eine Gemeinsamkeit mit Ihnen auffassen. (Sehr wahr!) Ich schreibe das Meiste davon dem Umstande zu, daß sie die Sprache eines liberalen Gemüthes noch nicht recht verstehen. (Sehr richtig!)

Mit Ausnahme der Herren aus dem Großherzogthum Posen, die eine fremde Sprache sprechen und deren Stellung ich nicht zu beurtheilen habe, sitzt außerhalb Ihrer Partei nicht einer, dem nicht durch das Mandat und den Willen seiner Wähler aufgegeben ist, nur stehn zu bleiben bei diesen großen Grundgedanken und durch nichts sich abziehn zu lassen. Diese Aufgabe ist keine kleine. Denn während Sie hier mit Worten kämpfen, unserer legislatorischen Thätigkeit Hindernisse bereiten und uns so viel wie möglich zu spalten und zu trennen suchen, wird ja im Lande offen, wie Macht gegen Macht, gegen die Staatsordnung und die Gesetze des Staates gekämpft, von Denen gekämpft, welche ein Muster und eine Leuchte sein sollten im Gehorsam gegen das Gesetz gekämpft unter Führung eines im Auslande jesuitisch erzogenen Bischofs fremder Zunge, der als eifriger Kämpfer gegen den preußischen Staat und seine Gesetze vorangeht und dafür den Dank aller Feinde Deutschlands, leider auch von Mitgliedern der Partei erhält, der Sie angehören. Ich glaube im Namen aller Parteigenossen sagen zu können: nicht früher wird Friede und Gemeinsamkeit zwischen uns sein, bis Sie selbst anerkannt haben, daß Gesetz und Ordnung vor Allem herrschen muß und nicht unter Leitung Ihrer höchsten Autoritäten gekränkt werden darf. Bis dahin haben wir auch keine formale Gemeinsamkeit. (Die letzten Sätze des Redners wurden von lautem Beifall unterbrochen.) Jetzt sind Sie sehr beschäftigt alle von uns seit 20 Jahren mühsam verfochtenen Ideen eilig an sich zu ziehen. Es war ein kleines parlamentarisches Kunststück, daß Sie vor Constituirung des Hauses den Antrag auf Aufhebung des Zeitungsstempels eingebracht. Nun geht es durch das ganze Land und namentlich durch die kleinen Blätter: „unser Herr Abg. Bernards hat das gethan". (Heiterkeit.) Wir gönnen Ihnen dies kleine Vergnügen, wie wir uns aller Ihrer Anträge freuen, welche die Majorität des Hauses klar darlegen, ohne zu viel Zeit zu kosten.

Wir werden auch für den Antrag Bernards, den der Herr Abgeordnete gegen den Brauch des Hauses auf einen Bogen Papier niedergeschrieben hat, stimmen. Ihrem anderweitigen Antrage, der uns mit Reichsangelegenheiten beschäftigen will, werden wir keine Folge geben. Wir werden also ihre Anträge mit aller Gerechtigkeit und ohne durch Ihre Firma uns geniren zu lassen, behandeln. Wenn wir selbst aber aus Gründen hoher Politik (Unterbrechung im Centrum) . . . , sitzen wir denn hier nicht als Politiker? Haben wir hier in der That nur Resolutionen zu fassen wie die Volksversammlungen und soll hier die Sitte einreißen, Volksreden zu halten? Wir haben ja den Staat mit zu leiten und das darf doch wohl Politik genannt werden? (Ruf im Centrum: **hohe** Politik!) An dem Worte „hoch nehmen Sie Anstoß? Bitte, streichen Sie es fort, es sollte nur eine eingehende Ueberlegung und Würdigung der höchsten Staatsinteressen bezeichnen. Wenn wir also aus Gründen zwingender Politik uns abhalten lassen, neue Fragen zur Discussion zu bringen, so werden wir uns nicht dazu bewegen lassen, in diese Fragen deunoch einzutreten, weil Sie zufällig einen Antrag gestellt haben. Wir finden uns mit Ihnen ab nach den Vorschriften der Courtoisie und der Geschäftsordnung und entferuen alle hindernden Anträge, damit wir nicht von unseren wahren Aufgaben abgezogen werden (Ruf: von dem Culturkampf!), sehr richtig, und zugleich von der Entwickelung unseres Culturlebens durch die Selbstverwaltung. Ein Parlament besitzt auch nur ein gewisses Maaß von Kräften. Wir haben jetzt die Kirchengesetze organisch abzuschließen und sollte hierin von der Regierung gezögert werden, sollte u. A. das Gesetz über die Civilehe nicht zeitig genug, soweit es nur irgend mit der Erledigung der Geschäfte unter den leider obwaltenden Hindernissen möglich ist, eingebracht werden, so fragen Sie einmal nach, ob die Liberalen eine ministerielle Partei sind. Beliebt es uns Ministerielle zu nennen, weil wir die Wandlung der preußischen Regierung, die jetzt auf unserem Wege mitzugehen bereit ist, mit Freuden begrüßen, — immerhin! Dann hat dies Wort eine ehrenvolle und keine herabsetzende Nebenbedeutung. Den geordneten Reichszustand und die Herrschaft des Gesetzes gegen alle Angriffe zu sichern ist und bleibt unsere Hauptaufgabe, von der uns Ihre Anträge nicht abziehen sollen.

Entgangen scheint Ihnen zu sein, daß hervorragende Mitglieder der Fortschrittspartei auf Interpellationen in den Wahlversammlungen es für nicht opportun erklärt haben, an das Wahlgesetz heranzutreten, und das mit Recht. Eine politische Körperschaft darf nicht gleichzeitig mit zu vielen großen prinzipiellen Fragen beschäftigt werden. Die Kirchengesetze und die Kreisordnung haben die Kräfte des Hauses seiner Zeit im höchsten Grade absorbirt und diese Materien sind noch lange nicht erschöpft. Die **Kirchengesetze ohne positive Ergänzung** in allen den Stücken, in denen der Staat dem Bürger zu gewähren im Stande ist, was ihm gewährt werden muß, wenn er in geordneten Verhältnissen leben soll, würden kein Glück sein, sondern ein **Unglück**. Es ist nothwendig, überall Ordnung zu schaffeu und nicht möglich die Bürger des Staates mit ihrem intimsten Familienrecht anzuweisen, sich an die zu wenden, die sich im offenen Kampf gegen die Gesetze des Staates befinden. (Lebhafte Zustimmung.) Dazu müssen die Gemeindeverhältnisse geordnet werden, denn so kann es nicht länger im Lande zugehen, daß z. B. nach dem Tode eines Religionsgenossen seine Angehörigen im Namen der Religion dadurch beschimpft werden, daß man einem ehrenwerthen Manne ein ehrenhaftes Begräbniß verweigert. Glauben Sie, daß man solche Zustände im Staate Preußen dulden soll und ob wir nicht in Gefahr sind, dadurch in den Verfall der Sitten zu gerathen? Was hilft es dem Volke, wenn einzelne Priester erklären, sie thun es im Namen der Religion, wenn das Volk keinen Anklang dafür in seinem Herzen hat. Sie wissen ferner, daß wir zur Vollendung der Kreisordnung noch eine Provinzialordnung, daß wir noch über die Eisenbahnfrage zu berathen haben. Und was bieten Sie uns? Eine Unterhaltung über das beste Wahlsystem. (Heiterkeit.)

Sie, m. H., einigen sich leicht über alle Fragen; wenn bei Ihnen die Sachverständigen einig sind, treten Sie mit voller Einheit in die Action ein. Nun kann man aber auf dem Boden des allgemeinen Wahlrechts stehen und es kommen noch die wichtigsten Fragen, zum Beispiel directes oder indirectes Wahlsystem zur Sprache. Auf die Scherze, die über Bildung gemacht sind, gehe ich nicht ein. Ich z. B. halte das indirecte Wahlrecht für schlecht, muß aber anerkennen, daß es Einrichtungen des directen Wahlrechts giebt, die schlimmer sind, z. B. die kleinen Wahlbezirke (Sehr richtig! links), die geheime Abstimmung, die der Beeinflussung stark ausgesetzt, denn der Pfarrer des Dorfes weiß, wie alle seine Pfarrkinder gestimmt haben und alle Mittel auf ihre Beeinflussung verwendet. Alle diese Fragen sind von der höchsten Bedeutung und rufen selbst innerhalb der liberalen Parteien Meinungsverschiedenheiten hervor. Aber es wird auch für gefährlich gehalten, das allgemeine Wahlrecht in einer Zeit auszudehnen, in der eine mächtige Partei alle Grundlagen der gesetzlichen Ordnung unterwühlt (Sehr gut! links), es sei gefährlich jetzt eine Probe zu machen, wo diese destructiven Tendenzen sich zeigen. Ich persönlich bin überzeugt, daß das allgemeine Wahlrecht kein anderes Resultat ergeben wird, als das Dreiklassensystem. Aber ich frage Sie, sollen wir uns in einer Zeit, wo wir uns mit den wichtigsten Problemen zu beschäftigen haben, auch noch eine neue Aufgabe für diese Session aufbürden, die so inopportun wie möglich ist. Der Abg. Windthorst war schnell fertig, er sagte, alle wären einig. Nun, in der Regierung existirt eine solche Einigkeit nicht; der Herr Abgeordnete substituirt zwar den Reichskanzler für die Regierung, er vergißt aber, daß es in Preußen ein Ministercollegium giebt (Widerspruch im Centrum), nun, die Minister werden doch etwas mehr davon wissen, als der Abg. Windthorst.

Wenn der Reichskanzler mit seiner Ansicht hätte durchdringen können, würden wir längst eine dahin zielende Regierungsvorlage erhalten haben. Aber hat nicht der Minister des Innern sich hier ausdrücklich gegen das Wahlrecht ausgesprochen. Also stellen Sie die Regierung nicht als einig dar, daß das Haus nur sein Votum dazu zu geben braucht, damit die Regierung mit aller Macht das Gesetz im Herrenhause durchbringt. Was wünschen Sie? Sollen wir ein abstraktes Votum in diesem Augenblick abgeben gegen das Dreiklassensystem, nach dem wir gewählt sind. Wenn dieses Gesetz angenommen würde, müßte sofort zur Auflösung des Hauses geschritten werden, weil wir uns selbst die Grundlage entzogen hätten. Oder ist vielleicht Einer im Hause, der es für nützlich hält, daß wir sofort nach den Reichstagswahlen wieder Abgeordnetenwahlen haben? Der Abg. Windthorst vermißt allerdings die conservativen Elemente und glaubt, daß deswegen eine Auflösung werde eintreten müssen; zum Glück ist aber eine compacte Majorität constituirt, welche auf der gegebenen Grundlage der möglichsten Verständigung mit der Regierung, so weit dieselbe mit uns auf gemeinsamen Bahnen fortschreiten will, fortzuwirken bereit ist. Eine solche compacte Majorität wird furchtbar wirken können, und es wird kein Grund vorhanden sein, sie auseinander zu reißen, wenn wir uns nicht verführen lassen, destructiv gegen uns selbst zu sein durch unnatürliche Allianzen. (Sehr richtig! links.)

Sodann wäre dies Gesetz höchstens am Platz nach erfolgter Verständigung unter uns selbst und der Regierung in der **dritten** Session der Legislaturperiode. Wir werden also auf Ihren Antrag in einer Form antworten, welche kein materielles Urtheil über das Wahlrecht ausspricht und im Lande nicht das Mißverständniß erzeugt, als hätte sich die Majorität gegen das allgemeine Wahlrecht ausgesprochen. Wir wünschen nicht in dem Augenblicke, wo Sie uns diese wesentlich academische Frage vorlegen, Ihnen auch eine Antwort zu geben. Dies ist unser Standpunkt. Die Mittel der Geschäftsordnung scheinen mir zu sein: einfache Tagesordnung, Lesung nach 6 Monaten, welches keineswegs etwa irgend eine verdeckte Hinschleppung der Sache sein soll; wir sprechen offen den Satz aus, daß wir nicht den Wunsch haben, uns in dieser Session mit dieser Sache zu beschäftigen. Wir sind Ihnen dankbar, uns gezeigt zu haben, welche Art von Politik Sie entfalten wollen, um mit allen oder einem Theile der Majorität wieder Fühlung zu bekommen. Wir halten es endlich für eine sehr wichtige Aufgabe, so lange von Ihnen isolirt zn bleiben, bis Sie selbst die Herrschaft des Gesetzes anerkannt haben. Dann werden wir uns freuen, Kräfte wieder zurückzugewinnen, die dann auch nach unserer Schätzung überall zum Nutzen der gesetzlichen Ordnung und des Staates mitwirken, die aber jetzt, wie gut auch ihre Absichten sein mögen, in der That Alles daran setzen, um den Staat und seine Ordnung zu schwächen. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Abg. v. **Mallinckrodt**: Das war eine ziemlich lange Entschuldigungsrede, die wir eben gehört; aber ein Faden war nicht zu finden; die Bewegungen des Irrlichts kennen keinen Faden und in der Weise eines Irrlichts hat sich die Rede des Vorredners eben bewegt, bald zur conservativen, bald zur liberalen Seite, bald zur Regierung gewendet. Nur die eine Tendenz leuchtete sehr stark daraus hervor, die Aufmerksamkeit von dem eigentlichen Gegenstande möglichst abzulenken. Ich halte den Standpunkt, den ich im Jahre 1866 einnahm, bis auf eineu Punkt noch heute anfrecht. Meine damals ausgesprochene Ueberzeugung, daß der Krieg vom Jahre 1866 von Niemand anders entzündet worden sei, als von dem gegenwärtigen Reichskanzler Fürst Bismarck, ist in allerjüngster Zeit durch officielle Documente mehr als bestätigt worden; es ist offenkundig geworden, wie man um einen casus belli verlegen gewesen und Italien gute Worte gegeben hat, die Lunte an's Pulverfaß zu legen. (Hört! im Centrum.) Da ziemt es einem ehrlich denkenden Politiker, sich mit seiner Sympathie für denjenigen zu erklären, der in seiner Rechtsstellung rechtswidrig und hinterrücks von seinem bisherigen Bundesgenossen angegriffen wird. Nur in einem Punkte, muß ich bekennen, habe ich mich damals geirrt, und das war meine damals ausgesprochene Ueberzeugung, daß aus der Neugestaltung der Verhältnisse keine Vergewaltigung der Kirchen- und Gewissensfreiheit hervorgehen werde. Das ist allerdings nun leider und in vollstem Maße geschehen. Mit dem Vorwurfe, wir hätten bald nach der conservativen, bald nach der liberalen Seite dieses Hauses unsere Blicke gerichtet, sollte uns Herr Lasker doch verschonen. Denkt denn der Vorredner gar nicht mehr an die heftigen Ausfälle und die unerhört feindselige Sprache, die er und seine Partei vor dem Jahre 1866 gegen die conservative Regierung gerichtet? und wie war das Verhalten seiner Partei gegen diese selbe Regierung nach 66? Haben wir denn nicht ihre zahme Hingebung an diese selbe Regierung so überaus reichlich zu bewundern Gelegenheit gehabt? (Sehr gut! im Centrum.)

Sie haben in dieser Beziehung wirklich das Menschenmögliche geleistet. Freilich gehaben Sie sich nun so, als ob Sie es jetzt wären, die den Ton angeben und als ob die Andern nach Ihrer Pfeife tanzen, aber ich versichere Sie, meine Herren, die Welt denkt ganz anders darüber. Sie haben auf den Ausfall der Wahlen hingewiesen. Das Land hat freilich eine zwiespaltige Antwort gegeben. Zunächst werden Sie einräumen müssen, daß die große Menge aller katholischen Einwohner des Landes hinter dem Centrum steht. (Widerspruch links.) Nun, wenn Sie das bestreiten, dann leugnen Sie etwas, was klarer ist wie die Sonne. Die nicht katholischen Bewohner haben sich freilich in übergroßer Menge gegen uns ausgesprochen. Ich will nicht näher auf die künstlichen Mittel eingehen, die zu dem letzteren Resultat haben beitragen müssen. Ich weise nur auf die Veröffentlichung der Correspondenz zwischen hochgestellten Personen hin, einer Correspondenz, die von vornherein gewiß den Anspruch auf Discretion machen mußte. (Sehr wahr! im Centrum.) Aber wenn dies geschah und der Briefwechsel zwischen Kaiser und Papst an allen Schaufenstern, in allen Zeitungen Parade machen mußte, so erforderten es doch wenigstens die Regeln der Auständigkeit, daß man die Correspondenz vollständig veröffentlichte; man hat aber einen Theil derselben unterdrückt und unterdrückt ihn noch heute. Welcher Schluß ist nun aus dem Wahlresultat zu ziehen. Es ist das Ergebniß, daß gegenwärtig das ganze Land in zwei tief feindlich gespaltene Lager getheilt ist, und zwar in einer Sache, die die innersten und heiligsten Interessen des Menschen berührt, in Sachen der Glaubens- und Religionsfreiheit. Ob Sie, meine Herren, gerade Ursache haben, mit einem solchen Wahlresultate, mit einem solchen Zustand zufrieden zu sein, wo 18 Millionen gegen 12 Millionen im Lande feindlich gegenüberstehen und auf der einen Seite ein corpus catholicorum, auf der anderen ein corpus evangelicorum sich entwickelt, das möchte ich doch sehr bezweifeln. Wir behaupten, daß das Vorgehen der Regierung die Vernichtung der Gewissensfreiheit, die Vernichtung des Katholicismus im Lande mit sich führt. (Widerspruch links.)

Nun, meine Herren, wenn der Vorredner aussprach, wir sollen isolirt bleiben, bis wir die von Ihnen dictirten Gesetze angenommen haben, so ist das eine Forderung, die uns zumuthet, wir sollen unseren kirchlichen Glauben aufgeben und solche Zumuthung weisen wir entschieden zurück selbst auf die Gefahr der Vernichtung hin. Was den speciellen Gegenstand unseres Antrages betrifft, so will ich nur einen Hauptpunkt hervorheben und das ist der Hinweis auf die Militärpflicht. Wer hat hier die schwereren Lasten zu tragen, die Leute die beim Klassenwahlgesetz in der ersten Klasse wählen oder die in der zweiten und dritten? Ich meine, daß alle diejenigen, deren Kinder zum Einjährigendienst zugelassen werden, gegenüber den dreijährig dienenden ein ganz eminentes Privilegium besitzen, das mit der gleich vertheilenden Gerechtigkeit völlig unvereinbar ist. (Sehr richtig!) Und zu diesem Vorrecht noch das Privilegium des Geldbeutels im Dreiklassenwahlgesetz das heißt freilich die Ungerechtigkeit in Vertheilung der Lasten auf die Spitze getrieben. Daß nun die liberale Partei mit sichtlicher Aengstlichkeit sich um die Sache herumwendet, hat ja seine guten Gründe. Es ist die Gewißheit, daß Sie, meine Herren, mit Wegfall des Dreiklassensystems eines guten Theils Ihrer Sitze in diesem Hause verlustig gehen würden, und das ist gerade ein Grund mehr für mich, für das allgemeine Wahlrecht zu stimmen. Wollen Sie aber, meine Herrn, nicht vor dem ganzen Lande in offenbarem Widerspruch mit den von Ihnen selbst so oft mit Begeisterung verfochtenen Principien handeln, so müssen Sie heute mit für unsern Antrag stimmen. (Beifall im Centrum.)

Abg. Dr. Virchow: Auch wir in meiner Partei sind mit großen Skrupeln an diesen Antrag herangegangen. Wir hatten uns zunächst zu fragen, ob er wirklich ernst gemeint sei. Ein Theil Ihres Antrages ist nämlich ganz unausführbar ohne weitere Abänderung der Verfassung. Nach § 4 Ihres Antrages soll Jeder, der das 25. Jahr erreicht hat, wählbar sein. Das steht aber in directem Widerspruch mit Artikel 72 der Verfassung, wonach zum Eintritt in den Landtag das 30. Lebensjahr erforderlich ist. Wenn aber Ihre Partei, worin so gewiegte Juristen sitzen, Anträge von so widerspruchsvoller Redaction stellen, so muß man sich doch wirklich fragen, ob der ganze Antrag im Ernst gestellt oder ein bloßes Wahlmanöver ist, zumal zu einer Zeit, wo die Reichstagswahlen vor der Thür stehen. Was der Vorredner von Gewissensfreiheit sprach, war mir überraschend. Man kann nicht in einem Athem von Gewissensfreiheit und zugleich von Kirchenfreiheit reden, wenn man eben Katholik ist. (Widerspruch im Centrum.) Nein, m. H., das können Sie aus dem einfachen Grunde nicht, weil der Papst ja die Gewissensfreiheit verdammt hat. Er spricht im Syllabus von der Pest der Gewissensfreiheit und nennt sie eine fluchwürdige Verirrung. Freilich das geschah im Jahre 56 und damals war der Papst noch nicht infallibel, damals konnte er noch irren. (Heiterkeit.) Nun aber ist die Infallibilität ein Kirchen-Dogma geworden und damit ist doch eine Gewissensfreiheit ganz unvereinbar. Sie sprechen das Wort Gewissensfreiheit gelassen aus, scheinen aber keine Ahnung davon zu haben, was es eigentlich bedeutet. (Heiterkeit.)

Die Welt versteht unter Gewissensfreiheit die Fähigkeit, selbst zu entscheiden, was gut und böse ist; wie sie damit die Infallibilität des Papstes zusammenreimen wollen, ist mir unverfindbar. Was die Ausführungen des Abgeordneten Windthorst anbetrifft, so hätte ich wirklich gewünscht, daß er die Lobrede auf Herrn Wagener unterlassen hätte, zumal da seine Rede reichlich gespickt war mit harten Ausdrücken über die Leute, die nach Geld streben und das Geld besitzen. Man sollte es doch vermeiden, derartige Leute öffentlich zu loben, gleichviel, ob man sie in politischer oder finanzieller Rücksicht betrachtet. Die bloße Fähigkeit, sich möglichst schlau durch alle persönlichen Fährnisse hindurchzuwinden, die charakterisirt allerdings den politischen Klopffechter, aber nicht einen politischen Charakter. Sodann glaube ich nicht, daß in der bisherigen Entwickelung der preußischen Verhältnisse irgend eine Analogie mit dem existirt, was man in Frankreich mit dem terminus technicus Bourgeoisie bezeichnet. (Widerspruch.) Es gehört allerdings eine starke Verkehrung der Verhältnisse dazu, wenn man diesen Namen auf preußische Verhältnisse anwenden will. (Widerspruch.) Mit dem Princip der Einführung des allgemeinen gleichen Stimmrechts auch für die Landtage kann ich mich nur einverstanden erklären. Wir halten aber den Antrag, so wie er gestellt ist, für unausreichend und unvollständig ohne das dazugehörige Wahlgesetz. Aus diesem Grunde schlägt meine Partei vor, den Antrag Windthorst zur näheren Durchberathung an eine Commission von 14 Mitgliedern zu verweisen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen, worauf noch als Antragsteller das Wort erhält Abg. Windthorst-Meppen. Die Herren Liberalen lassen als Gewissensfreiheit nichts anderes gelten als ihre eigene individuelle Ueberzeugung, die auch der Staat haben müsse und dazu verlangen sie noch in echt liberaler Weise, daß der Staat diese ihre individuelle Ueberzeugung den anders Denkenden womöglich nicht nur einprägen sondern einprügeln soll. Das ist Ihre Gewissensfreiheit, meine Herren. Aber alle diese heute wieder in solcher Breite gehörten kirchlichen Fragen, was haben die denn eigentlich mit dem gestellten Antrage auf Einführung der allgemeinen Wahlen zu thun? (Sehr richtig! im Centrum.) M. H. Sie haben diese Coulisse nur aufgeschlagen um dahinter zu verschwinden. Und genau dasselbe ist auch gegenwärtig fortwährend die Taktik der königlichen Staatsregierung, die verdeckt auch ein gut Theil von dem, was sie eigentlich will, immer mit dieser Geschichte. Aber es wird mein eifriges Bestreben sein, die eigentlich Schuldigen aus dieser Coulisse herauszuholen. (Heiterkeit!) Mein Motiv bei Stellung dieses Antrages war allerdings außer andern auch dies, daß es im Interesse der Situation liegt, dem Lande zu zeigen, wo die liberale Partei hier sich eigentlich befindet. Mit dem Antrage Virchow, falls er wirklich ernstlich die Sache in einer Commission durchberathen und sie nicht etwa darin begraben will, kann ich mich einverstanden erklären. Der Antrag Jung aber (dahin gehend, die weitere Berathung des Antrages auf 6 Monate zu vertagen) halte ich erstens für geschäftsornungsmäßig ganz unzulässig, sodann aber kann ich ihn für nichts anderes erklären, als für einen englischen Mantel, den die liberale Partei über ihre Fahnenflucht hängen will. Sie werden damit vor dem Lande nichts anderes documentiren, als daß sie den Antrag überhaupt nicht wollen.

Ueber die Geschäftsordnungsfrage in Betreff des Jung'schen Antrages erhebt sich eine kurze Debatte, in welcher der Präsident und der Abg. Miquel sich, gestützt auf einen Präcedenzfall im Reichstage und auf die Debatte bei Einführung der neuen Geschäftsordnung im Abgrordnetenhause für die Zulässigkeit aussprechen, während der Abg. Windthorst seinen Widerspruch aufrecht erhält. (In der Geschäftsordnung selbst ist der betreffende Fall nicht vorgesehen.) Das Haus beschließt mit großer Majorität die Zulässigkeit des Antrages. Der Antrag Virchow auf Verweisung an eine Commission wird darauf bei Probe und Gegenprobe abgelehnt (dafür die Fortschrittspartei und das Centrum) und sodann in namentlicher Abstimmung der Antrag Jung auf Vertagung der weiteren Berathung bis 6 Monate mit 271 gegen 94 Stimmen angenommen. (Dagegen das Centrum und ein Theil der Fortschrittspartei, deren Mehrheit mit der Majorität stimmt.)

Hierauf (4 Uhr) vertagt sich das Haus auf Freitag 11 Uhr. Tages-Ordnung: Berathung der Uebersicht der Staatseinnahmen 2c. für 1872, Rechenschaftsbericht über die Ausführung des Consolidationsgesetzes, Gesetz der Kostenberechnung der Pauschquanta in Streitsachen der Armenverbände 2c.

Berlin, 26. Novbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Kreisgerichts-Rath Schrader zu Lippstadt, dem Pfarrer Kaiser zu Richrath, Kreis Solingen, dem Deposital- und Gerichts-Kassen-Rendanten, Rechnungs-Rath Geelisch zu Mühlhausen in Thüringen, dem Forstkassen-Rendanten a. D. Oestreich zu Allenstein, sowie dem Bürgermeister und Landschafts-Rath Ebert, und dem Senator und Fabrikanten Kähler, Beide zu Buxtehude im Stader Geestkreise, den rothen Adlerorden vierter Klasse; dem Schullehrer und Küster Gieseler zu Starzeddel, Kreis Guben, und dem ehemaligen Gerichtsschulzen Richter zu Heinzendorf im Kreise Wohlau das allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Wirth und Restaurateur Heinrich Plötzgen zu Godesberg, Kreis Bonn, die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Baumeister Fridolin Kozak in Prag den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat die Erlaubniß ertheilt zur Anlegung der Großoffizier-Insignien des Ordens der königlich italienischen Krone: dem Geheimen Ober-Regierungs-Rath Dr. Hahn, vortragenden Rath im Ministerium des Innern, dem Polizei-Präsidenten v. Madai zu Berlin und dem Geheimen Commercien-Rath Gerson von Bleichröder ebendaselbst; des Commandeurkreuzes desselben Ordens: dem Ober-Bürgermeister Hobrecht zu Berlin und dem Polizei-Präsidenten Engelcken zu Potsdam; des Offizierkreuzes desselben Ordens: dem Director des zoologischen Gartens in Berlin, Dr. Bodinus.

Se. Majestät der König hat den Landgerichts-Präsidenten Zweiffel in Saarbrücken den Charakter als Geheimer Ober-Justiz-Rath mit dem Range eines Raths zweiter Klasse verliehen; den Regierungs-Rath Franz Alerander Wilhelm Julius Jordan zu Danzig zum Ober-Regierungs-Rath und Regierungs-Abtheilungs-Dirigenten, [illegible] Riba, Cethe, Junghann, Bengerath und von Salpius, genannt von Oldenburg, hierselbst zu Stadtgerichts-Räthen; und den mit der Uebertragung der Function als Abtheilungs-Dirigent an das Kreisgericht in Sagan betrauten Kreisrichter Posern in Guhrau zum Kreisgerichts-Rath ernannt; sowie dem Optiker und Mechaniker Simon Waldstein zu Wien das Prädikat eines Königlichen Hoflieferanten verliehen.

Der Königlichen Eisenbahn-Direction zu Elberfeld ist für die Bergisch-Märkische Eisenbahn-Gesellschaft die nachgesuchte Genehmigung zur Anfertigung der generellen Vorarbeiten für eine Eisenbahn vom Bahnhofe Bismarck der Emscherthalbahn resp. vom Bahnhofe [illegible] über Dorsten und Borken bis zur Landesgrenze in der Richtung auf Zutphen ertheilt worden.

Berlin, 26. Novbr. [Se. Majestät der Kaiser und König] hatten heute Vormittag eine Besprechung mit dem Chef des Militär-Cabinets, Generalmajor von Albedyll.

[Se. kais. und königl. Hoheit der Kronprinz] nahm gestern Vormittag die Meldung des Premier-Lieutenants der Reserve Grafen von Krockow-Wickerode entgegen und empfing den Feldmarschall Freiherrn von Manteuffel. (Reichsanz.)

[Sr. Majestät dem Kaiser und König] sind aus Anlaß des Antwortschreibens an Seine Heiligkeit den Papst weitere Dank- und Zustimmungs-Adressen zugegangen: von 2047 Einwohnern der Stadt Duisburg, von 452 Bewohnern bez. Mitgliedern des Kriegervereins zu Hoch-Emmerich bei Homberg am Rhein, von dem Bürger- und Gewerbeverein der Stadt Eschwege in Hessen, von dem Regierungs-Präsidenten a. D. Grafen von Krassow und 19 anderen Evangelischen aus den Kreisen Franzburg und Rügen, sowie von dem Stadtrath in Reichenbach im Voigtlande. (Reichsanz.)

[Das Befinden des Kaisers.] Die „Prov.-Corresp." schreibt: Unser Kaiser konnte im Laufe der letzten Woche bei stetig fortschreitender Besserung sich mehr und mehr der Erledigung der Regierungsgeschäfte widmen nnd einzelne kürzere Vorträge Seitens des Militär- und des Civil-Cabinets entgegennehmen. Se. Majestät wird sich jedoch noch einige Zeit hindurch eine gewisse Schonung auferlegen müssen. Der Monarch empfing täglich Besuche von Seiten der Kronprinzlichen Familie und anderer Angehörigen des königlichen Hauses.

Elberfeld, 26. Novbr. [Sieg der Liberalen.] Bei der vorgestern und gestern hier stattgehabten Stadtverordnetenwahl der dritten Abtheilung hat die liberale Partei über die vereinigten Conservativen und Ultramontanen gesiegt.

Köln, 26. Novbr. [Die Altkatholiken in Oesterreich.] Der „Köln. Ztg." geht aus Wien die Mittheilung zu, daß der Cultusminister v. Stremayr einen Gesetzentwurf über die Verhältnisse der Altkatholiken vorbereitet. Den Letzteren werde darin völlige Gleichberechtigung mit den Infallibilisten und die selbstständige Ordnung ihrer inneren Angelegenheiten eingeräumt, sowie die Wahl ihrer Seelsorger freigegeben, welche der Staat als regelmäßige Geistliche anerkenne.

Aus Kurhessen, 23. November. [Von den suspendirten Geistlichen] der niederhessischen Kirche sind, wie uns mitgetheilt wird, bis jetzt fünf ordentliche Pfarrer (Hoffmann in Felsberg, Neuber in Reichensachsen, Rausch in Rengshausen, Vilmar in Asbach und Vilmar in Melsungen), so wie drei außerordentliche (Abee in Asbach, Wolf in Schwebda und Thamer in Nordhausen) ihres Amtes unter Verurtheilung in die Untersuchungskosten gänzlich entsetzt worden. Sobald die gerichtlichen Verhandlungen von den Amtsgerichten Hofgeismar, Rodenberg und Bischhausen eingegangen sein werden, was im Laufe dieser Woche bestimmt zu erwarten steht, soll die Absetzung von vier andern ordentlichen. sowie zwei außerordentlichen Pfarrern sofort erfolgen. Die Verfügung weiterer Amts-Suspensionen hängt dann von der Erlangung geeigneter Pfarramts-Candidaten für die Neubesetzung der vacant werdenden Stellen ab; so werden in den nächsten Tagen fünf Candidaten ordinirt werden, die sämmtlich schon für bestimmte Stellen in Aussicht genommen sind. Die gerichtliche Vernehmung des Pfarrers und ehemaligen Metropoliten Hartwig in Waldkappel hat bis jetzt deshalb nicht erfolgen können, weil derselbe von einem Magen-Katarrh befallen ist, der ihn, wie er angiebt, hindere, „vor Gericht zu erscheinen und irgend welche mündliche Auskunft zu geben". Seine Vernehmung soll indessen doch in seiner Wohnung erfolgen. Was die Renitenz der bis jetzt noch nicht Suspendirten betrifft, so scheinen Einzelne — wir erwähnen hier nur den Pfarrer Frick in Ober-Ellenbach — sich allmälig unterwerfen zu wollen. Andere machen beim Consistorium dienstliche Vorlagen, jedoch mit dem ausdrücklichen Vorbehalte, „damit die Centralbehörde nicht anerkannt zu haben". Uebrigens hat das Consistorium in den letzten Tagen beschlossen, fortab jede einzelne Nichtbefolgung amtlicher Verfügungen mit dem höchsten Strafmaße, also mit 30 Thalrn. zu ahnden. (Fr. J.)

Aus Hessen, 23. Nov. [Der Zeitungsstempel.] Die Regierung hat bei den Ständen die Ermächtigung nachgesucht, den bisherigen Stempel für auswärtige Zeitungen schon vom nächsten Jahre an in Wegfall bringen zu dürfen. Dieses Nachsuchen beruht darauf, daß der fragliche Stempel gelegentlich der Durchberathung der Staats-Einnahme unter der allgemeinen Rubrik „Stempel" bereits in Einnahme genehmigt war, als der Beschluß der Kammer wegen Beseitigung dieser Stempelart provocirt wurde. Der Stempel für auswärtige Kalender, dessen Wegfall die Kammer, im Einverständniß mit der Regierung, gleichfalls beschlossen hat, geht nicht durch das Budget, ist vielmehr beim Ministerium des Innern ohne Das vereinnahmt worden. Hier kann also der Wegfall kurzer Hand ins Werk gesetzt werden, und dürfte nach dem Vorgehen des Finanzministeriums in obiger Richtung wohl auch schon für das nächste Jahr erfolgen. (Fr. J.)

München, 22. November. [Unser König] soll wieder einmal mit seinen sämmtlichen Ministern, Dr. von Fäustle nicht zuletzt, unzufrieden, ja wieder gänzlich mit ihnen zerfallen sein. Ueber den eigentlichen Grund kann man nichts erfahren, es dürfte sich aber auch fragen, ob überhaupt irgend welcher objective Grund gegeben sei. Denn das ist doch unglaublich, daß, wie das Gerücht geht, Se. Majestät nur augenblicklich der Belehrung nachgegeben habe, daß bei der jetzigen bloßen Wiedereröffnung des Landtags keine Gelegenheit zu einer Thronrede überhaupt, geschweige einer sachlich bedeutungsvollen gewesen sei und daß nun der Aerger über die entgangene Gelegenheit zu einer höchst persönlichen Gesinnungs-Manifestation erst zum Ausbruch komme. Zusammenhängen soll übrigens auch damit, daß der König, obwohl er in den Tagen der Eröffnung des Landtages hier war, plötzlich abgereist ist und es vermieden habe, das neue, liberale Directorium der Abgeordnetenkammer zu empfangen. Freilich konnte ihn auf solche Weise die Bitte um Audienz nicht mehr hier erreichen, und diese Chronologie ermöglichte denn das Dementi, daß er sich nicht — geweigert habe, das Directorium zu empfangen. Von einer Ministerkrisis ist übrigens drum doch, wenigstens zur Zeit, noch keine Rede. — — Solche „constitutionelle" Zustände mögen auswärts für sehr eigenthümlich gehalten werden, — wir Baiern sind nachgerade daran gewöhnt, so daß man gar nichts Besonderes mehr hinter ihnen sieht und die Localpresse aus diesem Grunde, wenn sie von den Vorgängen auch Notiz erhält, gar keinen Gebrauch davon macht. Das großartige Fiasco der Ministersuche durch Gasser beruhigt das Publikum noch heute. Die Stimmung im Landtage, im Lande und besonders in den Beamtenkreisen ist darum eine nichts weniger als rosenfarbige. (N. Z.)

Oesterreich.

Wien, 26. November. [Die cisleithanischen Landtage] sind heute feierlich eröffnet worden. Dieselben beschlossen sämmtlich, soweit die Berichte über die Eröffnung bis jetzt vorliegen, Deputationen an den Kaiser zu entsenden, um denselben anläßlich seines Regierungsjubiläums zu beglückwünschen. Auf dem mährischen Landtage waren die czechischen Deputirten fast vollzählig anwesend.

Pest, 26. November. [Das Abgeordnetenhaus] setzte heute die Debatte über den Gesetzentwurf betreffend die ungarische Anleihe fort. Die nächste Sitzung ist auf heute Abend anberaumt. — Der Ministerpräsident Szlavy will, wie in gut unterrichteten Kreisen verlautet, an seiner Absicht, aus dem Cabinete auszuscheiden, festhalten und Trefort oder Szapari zu seinem Nachfolger vorschlagen.

Provinzial-Zeitung.

H. **Breslau**, 26. November. [XVI. allgemeine deutsche Lehrerversammlung.] Nachdem der Orts-Ausschuß in seiner am Montag abgehaltenen Sitzung beschlossen hatte, ein für heut Abend berufene allgemeine Lehrer-Versammlung zu ersuchen, ihrerseits noch eine Anzahl Lehrer zu Mitgliedern des Orts-Ausschusses zu ernennen, wählte diese heute zu den bereits in demselben befindlichen Lehrern noch die Herren Lehrer Bilewicz, Rector Dietrich, Lehrer Dürr, Lehrer Gramatke, Hauptlehrer Münch, Lehrer Peuckert II., Rector Pflüger, Lehrer Rademacher, Rector Speck und Lehrer Zische.

—d. **Breslau**, 26. Nov. [Der Bezirksverein der Obervorstadt] hielt gestern Abend im Birnbaum eine Versammlung, in welcher zunächst der Vorsitzende, Kaufmann Sust, über die Verhandlungen in der Versammlung vom 19. d. M. speciellen Bericht erstattete. Demnächst referirte Rendant Haake in längerem Vortrage über den städtischen Etat pro 1874 und die neue städtische Anleihe. Redner erläuterte zunächst, wie der Etat überhaupt aufgestellt werde, erklärte die Begriffe Ordinarium, Extraordinarium und Hauptextraordinarium und besprach die einzelnen Titel des Etats pro 1874. Die neue Anleihe von 3½ Millionen anlangend, wies Redner die Meinung zurück, als ob die Commune nicht mehr in der Lage wäre, die laufenden Ausgaben zu decken, sie solle vielmehr die Mittel zu den bekannten neuen, großen und nothwendigen Einrichtungen bieten. Für die neue Anleihe sprächen außerdem noch die außerordentlich günstigen Bedingungen, unter denen sie gemacht werden könne. Zum Schluß theilte Redner mit, daß in kürzester Zeit vom Magistrat an die Stadtverordneten-Versammlung die hierauf bezüglichen Anträge gelangen werden, denen sich auch ein Antrag wegen Beibehaltung der Schlachtsteuer zu communalen Zwecken anschließen wird: um die durch Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuern entstehenden Ausfälle von 259,600 Thlr. zu decken. In der sich anschließenden Debatte wurde hervorgehoben, daß, da im Etat die Ausgabe gegen die Einnahme von 48,300 Thlr. aufweise, welches durch Erhebung eines Simplums der Communaleinkommensteuer gedeckt werden soll, durch Emanirung einer anderen als der bestehenden Verordnung über Anmeldung jedes steuerpflichtigen Einkommens der Ausfall annähernd wohl gedeckt werden könne. Es müsse, wie bei der Classensteuer, jeder Hausbesitzer und jeder Inhaber eines Hauswesens oder Geschäfts angehalten sein, die neu zutretenden Bewohner, Familienmitglieder und zum Geschäft gehörenden Personen, sofern sie ein steuerpflichtiges Einkommen haben, anzumelden. Nachdem die Versammlung dem Redner ihren Dank ausgesprochen hatte, bewegte sich die folgende Debatte um das am 6. December stattfindende Stiftungsfest, zu welchem auch Gäste durch Mitglieder eingeführt werden können. Wegen vorgerückter Zeit mußte der auf der Tagesordnung stehende Vertrag über die neue Gewerbeordnung für die Versammlung am 9. December vertagt werden.

µ [Alarmirung.] Gestern Abend in der 6. Stunde fand in dem Hause Breitestraße Nr. 33.34, in der 9. Stunde in Albrechtsstraße Nr. 19 ein Schornsteinbrand statt, doch war nur in dem letzteren Falle noch ein Einschreiten der Feuerwehr erforderlich.

Δ **Schweidnitz**, 25. November. [Zu den kirchlichen Wahlen. — Höhere Töchterschule. — Todesfälle.] Die Anmeldungen für den Wahlkörper der evangelischen Kirchengemeinde sind in den letzten Tagen, nachdem das für die Wahlvorschläge Seitens der evangelischen Gemeindemitglieder gebildete Comite auf die Wichtigkeit dieser Meldungen öffentlich hingewiesen, häufiger erfolgt. Das Kirchencollegium macht in seiner in der letzten Nummer des hiesigen „Kirchlichen Wochenblattes" publicirten Aufforderung bekannt, daß das Königl. Consistorium für Schlesien bestimmt habe, daß auch die Mitglieder der Gastgemeinden sich an der Wahl des Kirchen-Gemeinderaths und der Gemeinde-Vertretung betheiligen dürften, vorausgesetzt, daß sie bis zum 30. November sich in die Wählerliste eintragen lassen, und daß die Mitglieder des jetzigen Kirchen-Collegiums in ihrer bisherigen Stellung nicht Sitz und Stimme im Kirchengemeinderath hätten, aber in denselben gewählt werden könnten. Gleichzeitig wird dem Referenten von Mitgliedern des Kirchen-Collegiums die Mittheilung gemacht, daß der Ober-Kirchenrath auf die von einer Seite an denselben gerichtete Anfrage entschieden habe, daß das genannte Collegium, wahrscheinlich als Patron, ferner das Recht haben sollte, die Geistlichen zu wählen, daß die Mitglieder desselben aber dagegen remonstriren würden, Wir wollen das Weitere abwarten, recapituliren aber an dieser Stelle, was schon früher über die Zusammensetzung und Wahl des gedachten Collegiums in dieser Zeitung berichtet worden ist. Es besteht das Kirchen-Collegium auf Grund der Kirchengemeinde-Ordnungen vom Jahre 1656 und 1674 aus 4 Vorstehern, den 5 Geistlichen der Friedenskirche, 6 Mitgliedern aus dem Stande der Honorationen (cives honoratiores], 4 Mitgliedern als Vertreter der früheren vier größten Zünfte, 2 Mitgliedern aus der Zahl der kleineren Zünfte, 2 Mitgliedern der Braucommune und 2 Repräsentanten der Landgemeinden, Wir würden also in diesem Falle ein Guttheil der alten Kirchen-Ordnung beibehalten. — Nachdem der Rector der evangelischen höheren Töchterschule, Herr Strehle, auf sein Ansuchen wegen andauernder Kränklichkeit pensionirt worden, hat der Magistrat am 22. d. M. den ersten Lehrer der gedachten Schule, Herrn Engmann, der während der Krankheit des Rectors die Anstalt geleitet, zu dessen Nachfolger erwähl; Gestern ist Rector Strehle von seinen längeren Leiden durch den Tod erlöst worden. Er hat der Schule seit ihrer Begründung im Oktober 1865 vorgestanden, — Auch die Stadtverordneten-Versammlung hat in diesen Tagen wiederum eins ihrer Mitglieder verloren, welches dem Collegium eine Reihe von Jahren angehört hat, den Gasthofbesitzer Urban.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

November 26. 27.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	334''',26	331''',63	329''',21
Luftwärme	+ 4°,3	+ 3°,1	+ 3°,9
Dunstdruck	2''',47	2''',00	2''',51
Dunstsättigung	84 pCt.	76 pCt.	89 pCt.
Wind	S. 1	S. 2	S. 1
Wetter	heiter.	heiter.	heiter.

Breslau, 27. Nov. [Wasserstand.] O.-P. 4 M. 60 Cm. U.-P. — M. 2 Cm.

Berlin, 26. November. Der Speculationsmarkt war heute wieder als Gegensatz zu gestern in günstigster Weise angeregt. Meist waren es Deckungsbedürfnisse, welche bestimmend einwirkten, und wenn auch von einem selbstständigen Geschäfte nicht viel zu bemerken war, so genügten die Ankäufe der Contremine schon ausreichend, um den Speculations-Effecten Festigkeit und höheren Coursstand zu verschaffen. Die Steigerungen betragen bei Oesterr. Credit sowohl wie bei Franzosen und Lombarden mehrere Thaler und standen auch heute Credit an der Spitze des Verkehrs. Auch in Disconto-Commandit-Antheilen entwickelfe sich eine nicht unbeträchtliche Hausse, die sich auf die Nachrichten stützke, welche dem gestern tagenden Verwaltungsrath seitens der Direction gemacht worden sind. (Zu dem Uebertrage ans 1872 in Höhe von 3,400,000 Thlr. sind im ersten Semester d. J. ca. 1,600,000 Thlr. als Gewinn getreten 2c. Der Cours hob sich im Cassageschäft von 171 auf 173, p. ult. von 169½—72: der Deport beziffert sich auf ca. 1½ Thaler. Auch Provinzial-Disconto wurden von 89½ bis 93 gehoben. Oesterr. Nebenbahnen verkehrten zwar nur in geringem Maße, waren aber im Allgemeinen recht fest. Besonders behaupteten sich Galizier und Nordwestbahn gut. Das Geschäft in auswärtigen Fonds hatte durch das Ultimobedürfniß eine nicht unbedeutende Anregung gewonnen, da fast für sämmtliche Werthe ein Stückenmangel sich bemerkbar machte; besonders war französische Rente für die Regulirung gesucht. Hierdurch hatte sich auch der täglich Verkehr gehoben und zeigte eine recht feste Physiognomie. Amerikaner steigend, Türken gut behauptet, auch Oesterreichische Renten besser. Russische Fonds blieben meist unverändert, da der Umsatz in diesen Werthen sehr gering blieb. Bahnen belebter, Bodencredit offerirt. Preuß. Fonds sehr fest und belebt, namentlich Pfand- und Rentenbriefe, auch deutsche Fonds reger. Für Prioritäten behauptete sich eine feste Stimmung, auch hatte der Verkehr theilweise etwas zugenommen, von österr. Staatsbahn gingen zu 92 belangreich um, Livorno begehrt, Russische ruhig. Auf dem Eisenbahnmarkte fand ein sehr belebter Verkehr statt und zogen die Course für die schweren Devisen meist an, das gilt sowohl von den Rheinländischen Actien, wie auch von Potsdamer und Anhalter, die im Course profitirten; Gotthardbahn und Schweizer Westbahn waren recht lebhaft, andere leichte Bahnen fest aber still, Lütticher und Nahebahn fanden Nehmer. Auf Prämien fanden sich nur spärlich Abgeber. Neben den genannten, als lebhaft bezeichneten Bankactien war die Tendenz den Bankpapieren im Allgemeinen nicht ungünstig; so waren auch Preuß. Boden fest, Frankfurter Wechsler- und Aachner Industriebank belebt; besser preishaltend zeigte sich Deutsche Bank, die Spielhagensche gesucht. Provinz.-Disconto reportirte man mit ⅝—¾ Deport. Industrie-Actien profitirten ebenfalls etwas in der Haltung, ohne daß sich der Geschäftsverkehr hob. Gutes Geschäft in den Brauereiactien, weiterhin fest große Pferdebahn, öffentliches Fuhrwesen, Immobilien, Passage stellten sich höher; desgl. Berl. Eisenbahnbedarf und Westpreuß. Hüttenwerke; für Bergwerke hatte sich auch die Stimmung etwas gebessert; Dortmunder Union pr. ult. 79¾—½—81—80½ und Laura pr. ult. 152—51—54¼—52½. (Bank- u. H.-Z.)

Berlin, 26. November. [Productenbericht.] Roggen anfänglich billiger verkauft, später wieder fester, aber doch zum Schluß überwiegend angeboten. Waare verkauft sich nur schwerfällig. — Roggenmehl per November knapp und höher, spätere Sichten matt. — Weizen matt, Preise eine Kleinigkeit niedriger. — Hafer loco flau. Termine still. — Rüböl billiger verkauft, schließt ziemlich fest. — Spiritus per November niedriger, sonst wenig verändert.

Weizen loco 75—94 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, gelber märkischer — Thlr. ab Bahn bez., weißbunter poln. 86 Thlr. ab Bahn bez., pr. October-November 89—88¾ Thlr. bez., pr. December 88⅞—88⅝

—88¾ Thlr. bez., pr. April-Mai 87½—87⅞—87⅝ Thlr. bez., pr. Juni-Juli — Thlr. bez., neue Usance 86⅝ Thlr. bez. Gekündigt 30,000 Ctnr. Kündigungspreis 88⅞ Thlr. — Roggen pro 1000 Kilogr. loco 65—73½ Thlr. nach Qualität gefordert, russischer 64—65 Thlr., geringer do, 62 Thlr., inländischer 68½—72 Thlr., feiner do. 72½—73 Thlr. ab Bahn bez., per October-November 65¾—66—65⅞ Thlr. bez., pr. December 65⅝—65⅞—65¾ Thlr. bez., pr. December-Januar 64⅞—67⅝—65¼—65 Thlr. bez., pr. Frühjahr 64⅞—64½—65¼—65 Thlr. bez., pr. Mai-Juni 64⅝—64¼—64½ Thlr. bez., Juni-Juli — Thlr. bez. Gekündigt 4000 Ctnr. Kündigungspreis 65¾ Thlr. — Gerste loco 58—73 Thlr. nach Qualität gefordert. — Hafer pr. 1000 Kilogr. loco 51—59 Thlr. nach Qualität gefordert, schlesischer und böhmischer 55—57 Thlr., pommerscher 56—57 Thlr., uckermärker — Thlr., ostpreußischer 54—56 Thlr., westpreußischer 54—56 Thlr., galizischer 52—55½ Thlr. ab Bahn bez., per October-November 57⅛ Thlr. bez., per November-December 55¼ Thlr. bez., per December-Januar — Thlr. bez., pr. Januar-Februar — Thlr. bez., pr. Frühjahr 55⅞ Thlr. bez., pr. Mai-Juni 55¾ Thlr. Br. Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — Thlr. — Erbsen: Kochwaare 63—70 Thlr., Futterwaare 58—61 Thlr. — Weizenmehl Nr. 0 12½—11⅔ Thlr., Nr. 0 und 1 11⅓—11 Thlr. — Roggenmehl Nr. 0 11—10⅓ Thlr. Nr. 0 und 1 10—9⅔ Thlr., pro 100 Kilo unversteuert incl. Sack. — Roggenmehl Nr. 0 und 1: pr. October-November 10 Thlr. 15 Sgr. bez., pr. November-December 9 Thlr. 27 Sgr. bis 10 Thlr. bez., pr. December-Januar 9 Thlr. 20—24 Sgr. bez., pr. Januar-Februar 9 Thlr. 18—22½ Sgr. bez., pr. Februar-März 9 Thlr. 17½—20 Sgr. bez., pr. März-April — Thlr. — Sgr. bez., pr. April-Mai 9 Thlr. 15—17½ Sgr. bez., Mai-Juni — Thlr. — Sgr. bez. Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — Thlr. — Oelsaaten: Raps — Thlr., Rübsen — Thlr. — Rüböl per 100 Kilo netto loco 19¾ Thlr. bez., pr. October-November 19½—19 17/24 Thlr. bez., November-December 19½—19 13/24 Thlr. bez., pr. December-Januar 19½—19 3/24 Thlr. bez., pr. Januar-Februar — Thlr. bez., pr. Februar-März — Thlr. bez., pr. April-Mai 21 7/12—21 11/24—21 7/12 Thlr. bez., pr. Mai-Juni 21⅔—21¾ Thlr. bez. Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — Thlr. — Leinöl loco 24 Thlr. — Petroleum per 100 Kilo incl. Faß loco 10 Thlr. bez., pr. October-November 9 7/24—9¼ Thlr. bez., pr. November-December 9 7/24—9¼ Thlr. bez., pr. December-Januar 9 7/24—9¼ Thlr. bez., pr. Januar-Februar 9 5/12 Thlr. bez., Gekündigt — Barrels. Kündigungspreis — Thlr.

Spiritus pr. 10,000 pCt. loco „ohne Faß" 21 Thlr. 20—14 Sgr. bez., pr. October-November 22 Thlr. 10 Sgr. bis 21 Thlr. 17—27 Sgr. bez., pr. November-December 20 Thlr. 16—19 Sgr. bez., pr. December-Januar — Thlr. — Sgr. bez., pr. April-Mai 20 Thlr. 20—18—20 Sgr. bez., pr. Mai-Juni 20 Thlr. 25—22—25 Sgr. bez., pr. Juni-Juli 21 Thlr. 8—6 Sgr. Br., pr. Juli-August 21 Thlr. 16—18 Sgr. bez. Gekündigt 70,000 Liter. Kündigungspreis 22 Thlr. — Sgr.

Breslau, 27. Nov., 9½ Uhr Vorm. Die Stimmung für Getreide war am heutigen Markte matter, bei ausreichenden Zufuhren, Preise zum Theil niedriger.

Weizen nur feine Qualitäten beachtet, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 8¾ bis 9⅓ Thlr., gelber 8 bis 8¾ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen zu billigeren Preisen verkäuflich, pr. 100 Kilogr. 6⅔—7⅓ Thlr., feinste Sorte 7⅔ Thlr. bezahlt.

Gerste mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. 6¼ bis 6⅞ Thlr., weiße 7 bis 7½ Thlr. bezahlt.

Hafer sehr fest, per 100 Kilogr. 5⅔ bis 5¾ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erbsen unverändert, pr. 100 Kilogr. 6 bis 6⅔ Thlr.

Wicken gefragt, pr. 100 Kilogr. 4½ bis 4⅚ Thlr.

Lupinen hoch gehalten, pr. 100 Kilogr. gelbe 4⅓ bis 5 Thlr., blaue 4⅙ bis 4⅔ Thlr.

Bohnen behauptet, pr. 100 Kilogr. 6⅓ bis 6⅚ Thlr.

Mais gut gefragt, pr. 100 Kilogr. 5⅙ bis 6⅙ Thlr.

Oelsaaten gute Kauflust.

Schlaglein unverändert.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr., Sgr., Pf.

Schlag-Leinsaat	7	12	6	8	10	—	8	—	—
Winter-Raps	7	10	—	7	25	—	8	7	6
Winter-Rübsen	7	10	—	7	25	—	8	—	—
Sommer-Rübsen	7	6	—	7	20	—	8	—	—
Leindotter	6	27	6	7	10	—	7	25	—

Rapskuchen behauptet, schlesische 72—76 Sgr per 100 Kilogr.

Leinkuchen sehr fest, schlesische 96—100 Sgr. per 100 Kilogr.

Kleesaat, rothe in feiner Qualität gut gefragt, neue 13—15¼ Thlr. pr. 50 Kilogr., weiße jähr. 12—16—18 Thlr. pr. 50 Kilogr. hochfeine über Notiz bezahlt.

Thymothee gut behauptet, 8¾—11¾ Thlr. pr. 50 Kilogr.

Kartoffeln pr. 50 Kilogr. 28 Sgr. bis 1 Thlr., pr. 5 Liter 3¼—4 Sgr.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Wien, 27. November, Morgens. Die heutige „Wiener Zeitung" veröffentlicht die Ernennung des bisherigen Gesandten in Kopenhagen, Grafen Paar, zum außerordentlichen Botschafter am päpstlichen Stuhle.

Pest, 26. November. Der Anlehensgesetzentwurf wurde vom Abgeordnetenhause mit großer Majorität angenommen, und sofort auch in der Specialdebatte erledigt.

Genf, 26. Nov. Der Staatsrath hat dem „Journal de Genève" zufolge auf den Antrag der katholischen Einwohner von Lancy, Chenebourg und Carouge beschlossen, die Pfarrer und Vicare dieser Gemeinden zur Ableistung des gesetzlich vorgeschriebenen Eides aufzufordern und im Falle der Verweigerung des Eides eine neue Wahl der ersteren durch die Pfarrgemeinden vornehmen zu lassen.

Versailles, 26. Nov., Abends. Nationalversammlung. Bei der Wahl der Commission für die constitutionellen Gesetze erhielten nur 13 Mitglieder die erforderliche Majorität, darunter Dufaure, Laboulaye und Waddington vom linken Centrum. Die Wahl der übrigen erfolgt morgen.

Madrid, 26. Nov. Die deutsche Escadre traf gestern in Carthagena ein und forderte unter Androhung des Bombardements 25,000 Pesetas, welche die Insurgenten den deutschen Staatsangehörigen widerrechtlich genommen hatten. Die Insurgenten boten vergeblich die Betragszahlung in der Cantonalmünze an, verstanden sich jedoch zur Zahlungsleistung in spanischen Goldmünzen, wie deutscher Seits verlangt worden war. Der Entschädigungsanspruch des italienischen Geschwaders wurde gleichfalls erfüllt. Am Hafeneingang fand gestern eine Kanonade zwischen einem Regierungskriegsschiff und einem Insurgentendampfer statt, welcher versuchte, die Blokade zu durchbrechen. Im Laufe des heutigen Tages sollte das Bombardement von der Landseite beginnen.

Haag, 26. November. Die erste Kammer hat das Budget für Niederländisch-Indien pro 1874 einstimmig angenommen.

Petersburg, 26. Nov. Der Kaiser und die Kaiserin, sowie die Großfürstin Maria Alexandrowna werden, wie officiell gemeldet wird, zum 3. December (21. November) hier zurückerwartet.

Petersburg, 26. November. Der Großfürst-Thronfolger und seine Gemahlin sind mit ihren Kindern aus Livadia in Zarskoe-Selo eingetroffen.

London, 26. Nov. Die amtliche Zeitung veröffentlicht Depeschen des Generals Wolseley, nach welchen ohne eine genügende Streitmacht ausschließlich europäischer Truppen eine entscheidende Action gegen die Aschantis nicht ausgeführt werden kann.

London, 26. Nov. Der „Times" zufolge wird morgen wahrscheinlich eine Herabsetzung des Disconts der englischen Bank von 8 auf 6 pCt. erfolgen.

Alexandrien, 26. Nov. Gerhard Rohlfs, welcher am 22. d. in Brindisi nach hier eingeschifft hat, wird voraussichtlich morgen hier eintreffen. Die übrigen Mitglieder seiner Expedition haben den Weg über Triest genommen.

New-York, 26. Nov. Der Hamburger Postdampfer „Frisia" ist diesen Morgen 2 Uhr hier angekommen.

Berliner Börse vom 26. November 1873.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	10 T.	6½	141 bz.
do. do.	2 M.	6½	139¾ bz.
Augsburg 100 Fl.	2 M.	5	56.16 G.
Frankf. a. M. 100 Fl.	2 M.	4½	— —
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	6	99¾ G.
London 1 Lst.	3 M.	8	6.20¼ bz.
Paris 300 Frcs.	10 T.	6	79⅚ bz.
Petersburg 100 SR.	3 M.	7½	88¼ bz.
Warschau 90 SR.	8 T.	7½	80¾ G.
Wien 150 Fl.	8 T.	5	88 bz.
do. do.	2 M.	5	87¼ bz.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe	4½	— —
Staats-Anl. 4½%ige	4½	101½ bz.
do. consolid.	4½	105¼ bz.G.
do. 4%ige	4	98¼ bz.B.
Staats-Schuldscheine	3½	91¾ bz.
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	119½ bz.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	101¾ bz.
Pfandbr. Berliner	4½	100 3/10 bz.
Pfandbr. Pommersche	3½	80¾ B.
Pfandbr. Posensche	4	90 bz.
Pfandbr. Schlesische	3½	— —
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	95¼ bz.
Rentenbriefe. Pommersche	4	95 G.
Rentenbriefe. Posensche	4	94⅜ B.
Rentenbriefe. Preussische	4	95⅛ bz.
Rentenbriefe. Westfäl. u. Rhein.	4	96⅞ bz.
Rentenbriefe. Sächsische	4	97½ B.
Rentenbriefe. Schlesische	4	95 B.
Badische Präm.-Anl.	4	110½ bz.
Baierische 4% Anleihe	4	112½ bz. B.
Cöln-Mind. Prämiensch.	3½	93 bz.G.

Kurh. 40 Thlr.-Loose 71⅝ bz.
Badische 35 Fl.-Loose 39 B.
Braunschw. Präm.-Anl. 21⅜ bz.
Oldenburger Loose 37½ B.

Louisd'or 110⅝ bz	Dollars 1.11⅝ G.
Sovereigns 6.23 G	Frmd. Bkn. 99¾ bzB
Napoleons 5.10½ G.	Oest. Bkn. 88 bz
Imperials 5.15¾ G.	Russ. Bkn. 81¼ bz.

Hypotheken-Certificate.

Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	5	— —
Unkünd. do. (1872)	5	101 bz.
do. rückbz. à 110	5	104½ B.
do. do. do.	4½	97 bz.
Unk.H.d.Pr.Bd.-Crd.-B.	5	93½ G.
do. III. Em. do.	5	93½ B.
Kündb.Hyp.-Schuld.do.	5	90 G.
Hyp.Anth.Nord-G.-C.B.	5	101½ bz.
Pomm. Hypoth.-Briefe	5	98¾ G.
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	103¾ bz.
do. do. II. Em.	5	103 bz.
Meininger Präm.-Pfdb.	4	89¾ bz. B.
Oest. Silberpfandbr.	5	52 G.
do. Hyp. Crd.-Pfndb.	5½	66 B.
Unkb.Pfd.d.Pr.-Hyp.-B.	4½	100 bz. G.
Pfdb.d.Oest.Bd.-Cr.-Gs.	5	86 B.
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	101 bz.
Wiener Silberpfandbr.	5½	56 G.

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4⅕	64⅝ bz.
do. Papierrente	4⅕	60½ bz.B.
do. Lott.-Anl. v. 60	5	91 bz.G.
do. 54er Präm.-Anl.	4	89 et.bz.
do. Credit-Loose	—	106 bz. G.
do. 64er Loose	—	85½ bz. B.
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	133 G.
do. do. 1866	5	130½ et.bz.G.
do. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	88¾ bz.G.
Russ.-Pol. Schatz-Obl.	4	78¾ bz.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	75¾ bz.
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	63⅞ bz.
Amerik. 6% Anl. p. 1882	6	98¼ bz.
do. do. p. 1885	6	99 11/16 bz.
do. 5% Anleihe	5	98¾ bz.
Französische Rente	5	93a2¾ bz.
Ital. neue 5% Anleihe	5	59¼ a⅛ bz.
Ital. Tabak-Oblig.	6	90¾ bz.G.
Raab-Grazer 100 Thlr. L.	5	76 bz. G.
Rumänische Anleihe	8	— —
Türkische Anleihe	5	45½ à¼ bz.
Ung. 5% St.-Eisenb.Anl.	5	71½ bz.

Schwedische 10 Thlr.-Loose —
Finnische 10 Thlr. Loose 9⅝ B.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	100¾ G.
do. III. v. St. 3½ g.	3½	83¼ B.
do. do. VI.	4½	99¼ bz. G.
do. Nordbahn	5	102¼ B.
Berlin-Görlitz	5	102½ B
do.	4½	99 G.
Breslau-Freib Litt. D.	4½	98¾ bz.
do. do. G.	4½	98¾ bz.
do. do. H.	4½	98¾ bz.
Cöln-Minden III.	4	90¼ B.
do. do.	4½	101 bz G.
do. IV.	4	90⅝ bz.
do. V.	4	90⅝ G
Halle-Sorau-Guben	5	100½ B.
Hannover-Altenbeken	4½	98½ B.
Märkisch-Posener	5	101⅝ bz.
Niederschl.-Märkische	4	94⅝ B.
do. do. III.	4	— —
do. do. IV.	4½	— —
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	90⅝ B.
do. E.	3½	81½ G.
do. F.	4½	99¾ bz.G.
do. G.	4½	99¼ G.
do. H.	4½	100 G.
do.	5	102 bz.
do. Brieg-Neisse	4½	99 G.
Cosel-Oderb. (Wilh.)	4	91¾ B.
do.	4½	— —
do.	4½	— —
do.	5	102¼ B.
do. Stargard-Posen	4	89¾ G.
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em	4½	— —
Ndrschl. Zwgb. Lit. C.	5	— —
do. do. do. D.	5	— —
Ostpreuss. Südbahn	5	101½ G.
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	101¾ bz.
Schlesw. Eisenbahn	4½	97⅝ G.
Chemnitz-Komotau	5	88½ B.
Dux-Bodenbach	5	83 bz. G.
Prag-Dux	5	73¾ bz.
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	91½ bz.G.
do. do. neue	5	86½ G.
Kaschau-Oderberg	5	75 1/16 bz.
Ung. Nordostbahn	5	61 bz.G.
Ung. Ostbahn	5	55 B.
Lemberg-Czernowitz	5	65 bz. B.
do do. II.	5	75⅜ bz.
do. do. III.	5	65⅜ G.
Mährische Grenzbahn	5	73¾ bz. G.
Mähr.-Schl. Centralbhn.	5	45¾ B.
Kronpr. Rudolph-Bahn	5	83⅝ bz.
Oesterr.-Französische	3	301¾ bz.G.
do. do. neue	3	285 G.
do. südl Staatsbahn	3	243½ bz.B.
do. neue	3	244 B.
do. Obligationen	5	83⅞ bz.
Warschau-Wien II.	5	96¼ G.
do. III	5	95⅞ bz.B.
do. IV.	5	95¾ B.

Bank-Discont 5 pr. Ct.
Lombard-Zinsfuss 6 pr. Ct.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1871	1872	Zf.	
Aachen-Mastricht.	⅗	1	4	30¾ bz .G
Berg.-Märkische	7½	6	4	105¼ à6¼ bz
Berlin-Anhalt	18½	17	4	155 bz
do. Dresden	—	5	5	62 bzG.
Berlin-Görlitz	0	3½	4	98½ bz.
Berlin-Hamburg	10¾	12	4	190¼ bzG.
Berl. Nordbahn	—	5	5	29½ bz.
Berl.-Potsd. Magd.	14	8	4	119 bz.B.
Berlin-Stettin	11 5/12	12¾	4	156½ bz.
Böhm. Westbahn.	8¼	5	5	95⅜ bz
Breslau-Freib.	9½	7½	4	99 bz.G.
do. neue	—	5	5	93¼ B.
Cöln-Minden	11⅕	9 7/20	4	147à8½ bz.
do. neue	5	5	5	108¼ bz.G.
Cuxhav. Eisenb.	—	—	6	— —
Dux-Bodenbach B.	5	5	5	36¾ bz.
Gal. Carl-Ludw. B.	8½	7	5	95½ à7bz.
Halle-Sorau-Gub.	4	0	4	40 bz.
Hannover-Altenb	5	5	5	44 bz.
Kaschau-Oderbrg.	5	5	5	59⅞ bz
Kronpr. Rudolphb.	5	5	5	69⅛ bz.G.
Ludwigsh.-Bexb.	11¾	11	4	189 bz.G.
Märk.-Posener	0	0	4	41 G.
Magdeb.-Halberst.	8½	8½	4	125 bz.
Magdeb.-Leipzig	16	14	4	259 bzG.
do. Lit. B.	4	4	4	95¾ G.
Mainz-Ludwigsh.	11	11 6/10	4	152½ bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	96½ bz
Oberschl. A. u. C.	13⅔	13⅔	3½	180 bz. G.
do. B.	13⅔	13⅔	3½	161½ bz.
do. D.	—	—	5	168½ bz
Oester.-Fr. St.-B.	12	10	5	194½ à5bz.
Oest. Nordwestb.	5	5	5	115 bzG.
Oester. südl. St.-B.	4	4	5	99½ à¾ b.
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	32¼ bz.G.
Rechte O.-U.-Bahn	3	6	5	121¼ bz.G.
Reichenberg-Pard	4½	4½	4½	63¾ bz.
Rheinische	10	9⅖	4	138½ à40½ b.
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	26 bz.
Rumän. Eisenbhn.	5⅓	3⅗	5	33¼ bz.
Schweiz Westbhn.	2	1⅗	4	37¼ bz.G.
Stargard-Posener.	4½	4½	4½	100 B.
Thüringer	10½	9	4	130½ bz.
Warschau-Wien	12	10	5	81½ bz.

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	5	5	5	104 bzB.
Berlin. Nordbahn	—	5	5	38⅞ bz
Breslau Warschau	5	5	5	21 bz
Halle-Sorau-Gub.	5	0	5	62 bzB.
Hannover-Altenb.	5	5	5	66¾ bz
Kohlfurt Falkenb.	2½	5	5	76⅞ bz
Märkisch-Posener	1½	0	5	67½ à¾ bzG.
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	78⅜ bz.
do. Lit. C.	—	5	5	102½ bz.G.
Ostpr. Südbahn	0	0	5	65¾ bz.G.
Pomm. Centralb.	5	5	5	16¼ bz.G.
Rechte O.-U.-Bahn	5	6	5	122½ bz.G.
Rum. (40% Einz.)	—	—	8	81⅞ bz.
Saal-Bahn	—	5	5	44 B.

Bank- und Industrie-Papiere.

Anglo Deutsche Bk	—	7½	5	62 G.
Allg. Deut. Hand. G	—	9¼	5	34¾ G.
Berliner Bank	15	14	4	64½ bz
Berl. Bankverein.	16	18	5	84⅜ bz.
Berl. Kassen-Ver.	12⅖	29 3/10	4	283¾ G.
Berl. Handels-Ges.	12½	12½	4	122½ bz. G.
Berl. Lomb.-Bank.	5	11¼	5	36 G.
Berl. Makler-Bank	25⅔	11	4	— —
Berl. Prod.-Makl. B	—	8½	5	97 bz
Berl. Wechslerbk.	12½	0	5	46¾ etbzG.
Braunschw. Bank.	8½	8⅔	4	118⅞ G.
Bresl. Disc.-Bank Friedenthal u. Co.	13	10	4	69 bz.B.
Bresl. Handels-G.	4¼	9	5	— —
Bresl. Maklerbank	—	30	5	74½ G.
Bresl. Mkl.-Ver. B.	—	7	5	88 G.
Br. Pr.-Wechsl.-B.	—	12	4	— —
Bresl. Wechslerb.	12	12	4	57½ bz
Centralb. f. Genos.	12	14	4	64¾ bzG.
Coburg. Cred.-Bk.	10¼	7¼	4	74 bzG.
Danziger Priv.-Bk.	7	7	4	115 B.
Darmst. Creditbk.	15	15	4	149¾ à51 bz.
Darmst. Zettelbk.	8	7	4	103 B.
Dessauer	—	—	fr.	— —
Deutsche Bank	8	8	4	81½ bz.G.
Deutsche Unionsb.	11⅓	9½	4	72⅜ bzG.
Disc.-Com.-A.	24	27	4	171à73 bz.
Genossensch.-Bnk	10¾	10⅔	fr.	106¾ bz
do. junge	—	—	4	101¾ bz
Gwb. Schuster u. C.	10⅔	10	4	55¾ bz.
Görlitzer Ver.-Bk.	—	10	4	— —
Goth. Grundcred. B	9	9½	4	97½ bz
Hamb. Nordd. Bnk.	12⅗	13⅗	4	144 G
do. Vereins-B.	11¼	13¼	4	120 G.
Hannov. do.	5⅖	6⅗	4	103¼ bzB.
do. Disc.-Bk.	—	5	4	63¼ bz
Hessische Bank	—	6⅔	5	50 bzB.
Königsb. do.	11	8	4	71⅞ bzG.
Ldw. B. Kwilecki	14	—	4	50 G.
Leip. Cred.-Bank.	11	15	5	147 bz. B.
Luxemburger do.	12	12	4	115⅜ bz
Magdeburger do.	5⅘	5¾	4	105 G.
Meininger do.	12	12	4	107½ bz.
Moldauer Lds. Bk.	6	4	4	37 G.
Ndrschl. Cassenv.	12	15	4	10 bzB.
Nordd. Grundcr. B.	8	13¾	5	84 bzG.
Oberlausitzer Bk.	10¾	8 3/10	4	65 G.
Oest. Cred.-Actien	17½	18¾	4	131½ à3bz.
Ostdeutsche Bank	—	8	5	60½ bz
Ostd. Product.-Bk.	—	8½	4	26½ bzG.
Posener Bank	6⅘	6½	5	104 B.
Pos. Pr.-Wechsl. B.	—	8	4	6½ G.
Preuss. Bank-Act	12 3/10	13½	4	185 bz.
Pr. Bod. Cr.-Act. B	14	15	4½	71 bz. G.
Pr. Cent.-Bod.-Cr	9½	9½	4	117¾ G.
Pr. Credit-Anstalt	—	24	5	52½ bz.G.
Prov. Wechsl.-Bk.	—	7½	4	87½ G.
Sächs. B. 60% I. S.	10	12	5	143 B.
Sächs. Cred.-Bank	11	13	4	75 G.
Schles. Bank-Ver.	12	14	4	108 bz
Schl. Centralbank	—	13	4	— —
Schl. Vereinsbank	—	9	5	88 bzG.
Thüringer Bank	9	14	5	103 bz.G.
Ver.-Bk. Quistorp	15	19	4	18bz.G
Weimar. Bank	7	8	fr.	108 G.
Wiener Unionbk.	16½	5	4	67½ bzB.
Baugess. Plessner.	11	14	5	79½ bzG.
Berl. Eisenb.-Bd. A	10½	11½	5	144 bz
D. Eisenbahnb-G.	—	0	5	39 bzG
do. Reichs-u Co.-E	—	7¾	5	93¾ bzG.
Märk. Sch. Msch. G.	—	0	5	30¼ bzG.
Nordd. Papierfabr.	8 1/10	8	5	79¼ bz
Westend, Com.-G.	16	17	—	16⅞ bzB
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	12	16⅘	4	122¼ G.
Schl. Feuervers.	20	17½	4	118 B.
Donnersmarkhüt.	—	—	5	57 G.
Königs- u Laurah.	12¼	29	5	152¼ bz.
Lauchhammer	7	9	5	75 bzG.
Marienhütte	—	14	5	76¼ bzG.
Minerva	0	—	5	24 G.
Moritzhütte	—	—	5	65 B.
OSchl. Eisenwerk.	—	11	5	35 bzG.
Redenhütte	—	10	5	43¼ bz
Schl. Kohlenwerk	—	9	5	90¾ bz
Schles. Zinkh.-Act.	6	8	5	93¼ bz
do. St.-Pr.-Act.	6	8	4½	94 bz
Tarnowitz. Bergb.	9	20	5	116 bz.G.
Vorwärtshütte	—	8	5	51 bzG.
Baltischer Lloyd	10	0	5	49 bz
Bresl. Bierbrauer.	7	—	5	40 B.
Bresl. E.-Wagenb.	7	7½	5	55 B.
do. ver. Oelfabr.	—	10	5	64 G.
Erdm. Spinnerei	—	9	5	58¼ bz.
Görlitz. Eisenb.-B.	0	0	5	43G.
Hoffm's Wag.-Fab.	—	6	5	45½ G.
O. Schl. Eisenb. B.	6	14	5	89 bz.
Schles. Leinenind.	10	9	5	90 bzG.
S. Act. Br. (Scholtz)	9	—	5	36 bzG.
do. Porzellan	—	7	4	83½ bz
Schl. Tuchfabrik	11	—	4	20 bzG.
do. Wagenb.-Anst.	—	9	4	46¼ G.
Schl. Wollw-Fabr.	—	10	4	28½ G.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Paris, 26. November, Abends. Nachbörse. Neueste Anleihe 93, 20.

Paris, 26. November, Nachts. Boulevard-Anleihe 93, 17½.

Frankfurt a. M., 26. November., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 118½. Pariser do 93. Wiener do. 102⅞. Franzosen*) 340½. Hess. Ludwigsb. 151⅞. Böhmische Westbahn 222¾. Lombarden*) 175. Galizier 224¾. Elisabethbahn 226. Nordwestb. 200. Elbthalbahn 128. do. Prioritäten —. Oregon 16. Creditactien*) 231. Russ. Bodencredit 87⅞. Russen 1872 94½. Silberrente 64⅝. Papierrente 60. 1860er Loose 91¼. 1864er Loose 149½. Ungarloose —. Raab-Grazer 75¾. Amerikaner de 1882 97⅜. Darmst. Bankverein 376¾. Deutsch-österr. 88½. Prov.-Disconto-Gesellschaft 91. Brüsseler Bank 101¾. Berl. Bankverein 84½. Frankf. Bankverein 88. do. Wechslerbank 80¼. Nationalbank 1003. Meininger Bank 108. Hahn Effectenbank 118. Continental 93⅞. Südd. Immobilien-Gesellschaft —. Hibernia 108½.

*) per medio resp. per ultimo.

1854er Loose 87½, Dortmunder Union 79.

Creditactien steigend.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 234¼, Franzosen 341¾, Lombarden 175¾, Silberrente —, Prov.-Disc.-Gesellsch. —.

Frankfurt a. M., 26. November, Abends. [Effecten-Societät.] Credit-Actien 234. Franzosen 341½. Galizier 226¾. Lombarden 175. Silberrente — —. Darmstädter —. Provinzial-Disconto-Gesellschaft — —. Elisabethbahn 226. Hahn'sche Effectenbank 118¼. Deutsch-österr. Bank —. Bankactien —. Continental —. Frankfurter Wechslerbank 81⅛. Meininger Bank 108½. Josephsbahn 216¾. Fest.

Dresden, 26. November, Nachmittags 2 Uhr. Credit 133¼. Lombarden 99½. Silberrente 64¼. Sächsische Creditbank 75. Sächsische Bank (alte) 143¼. do. (junge) 137. Leipziger Credit 145½. Dresdener Bank 92. do. Wechslerbank 73¼. do. Handelsbank 64¾. Sächsischer Bankverein 69. Oesterr. Noten 87⅞. Lauchhammer —. Sehr fest.

Hamburg, 26. November, Nachm. [Schluß-Course.] Hamburger Staats-Präm.-Anleihe 104. Silberrente 64⅜. Oesterreich. Creditactien 199½. dto. 1860er Loose 90½. Nordwestbahn 434. Franzosen 732. Lombarden 374. Italienische Rente 59¼. Vereinsbank 120½. Laurahütte 152½. Commerzbank 94. dto. II. Emis. —. Norddeutsche Bank 144. Provinzial-Disconto-Bank 88½. Anglo-deutsche Bank 53½. dto. neue 77. Dänische Landmannbank —. Dortmunder Union 79½. Wiener Unionbank —. 64er Russ. Prämien-Anleihe —. 66er Russ. Prämien-Anleihe —. Amerikaner de 1882 93. Köln-M.-St.-Actien 147½. Rhein. Eisenbahn-Stamm-Actien 140½. Bergisch-Märkische 106¼. Disconto 4¼ pCt. — — Fest.

Hamburg, 26. Nov. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco fest und etwas höher, auf Termine ruhig. Weizen pr. 126pfd. pr. Novbr. pr. 1000 Kilo netto 237 Br., 235 Gd., pr. November-December pr. 1000 Kilo netto 237 Br., 235 Gd., pr. April-Mai pr. 1000 Kilo netto 261 Br., 259 Gd. — Roggen pr. November 1000 Kilo netto 200 Br., 198 Gd., pr. November-December 1000 Kilo netto 196 Br., 194 Gd., pr. April-Mai 196 Br., 194 Gd. — Hafer und Gerste fest und etwas höher. — Rüböl still, loco 62 Br., pr. Mai pr. 200 Pfd. 66. — Spiritus fest, pr. November pr. 100 Liter 100% 62, pr. November-December 55, pr. Januar-Februar und pr. April-Mai 53. — Kaffee angenehm; Umsatz 2000 Sack. — Petroleum fester, Standard white loco 13, 50 Br., 13, 40 Gd., pr. November 13, 50 Gd., pr. November-December 13, 50 Gd. — Wetter: Trübe.

Hamburg, 26. November. [Abendbörse.] 8 Uhr 30 Min. Oesterr. Silberrente 64⅜. Amerikaner 93. Italiener 59¼. Lombarden 375, 50, December —, —. Oesterreichische Credit-Actien 201, 25, December 199. Oesterr. Staatsbahn 734, December —, —. Oesterr. Nordwestbahn —, —. Anglo-Deutsche Bank 64. do. junge —. Hamb. Commerz- u. Disconto-Bank 94. do. junge —. Rhein. Eisenbahn-St.-Actien 140, 50. Bergisch-Märkische 107, 75. Köln-Mindener 147. Laurahütte 153, 75. Dortmunder Union 80. Norddeutsche —, —. Disconto —, —. Intern. —, —. Sehr fest.

Liverpool, 26. November, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 12,000 Ballen. Sich bessernd. Tagesimport 3000 B. davon 2000 Ballen amerikanische, 1000 Ballen ostindische.

Liverpool, 26. November, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 15,000 Ballen, davon für Speculation und Export 3000 Ballen. — Besser.

Middl. Orleans 8 15/16, middl. amerikanische 8½, fair Dhollerah 5 9/16, middl. fair Dhollerah 5, good middl. Dhollerah 4½, middl. Dhollerah 4⅛, fair Bengal 3¾, fair Broach 5⅝, new fair Oomra 5⅞, good fair Oomra 6 7/16, fair Madras 6, fair Pernam 8¾, fair Smyrna 6¾, fair Egyptian 9⅜.

Upland nicht unter good ordinary November-December-Verschiffung 8½, Jannar-Februar-Verschiffung 8⅝, desgl. nicht unter low. middl. November-Lieferung 8½ D.

Glasgow, 26. Nov. Roheisen. Mixed numbers warrants 104 Sh. 3 D.

Amsterdam, 26. November. Nachmitags 4 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] Schlußbericht. Weizen geschäftslos, pr. März 390. Roggen loco fester, pr. März 259, pr. Mai 249. Raps pr. November 353 Fl. Rüböl loco 34¾, pr. Herbst 34¾, pr. Mai 36¾. — Wetter: Schön.

Antwerpen, 26. Novbr. Getreidemarkt geschäftslos.

Antwerpen, 26. Novbr. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß, loco, pr. November und pr. December 32½ bez. u. Br., pr. Januar und pr. Februar-März 34 Br. Matt.

Bremen, 26. November. Petroleum. Großes Geschäft, Standard white loco 13 Mk. 75 Pf. bezahlt.

[Militär-Wochenblatt.] Herzog Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin, Hoheit, Gen.-Lieut. von der Armee, in Berücksichtigung seines Antrages, von dem ihm einstweilen übertragenen Commando der 22. Division entbunden. v. Thile, Gen.-Major und Commandeur der 42. Inf.-Brigade, mit der Führung der 22. Division beauftragt. v. Ziemietzky, Gen.-Major und Commandeur der 56. Inf.-Brig., in gleicher Eigenschaft zur 42. Inf.-Brig. versetzt. v. Gericke, Gen.-Maj. von der Armee, zum Commandeur der 56. Inf.-Brig. ernannt. Pilgrim, Oberst-Lt. a. D., zuletzt Commandeur der reitenden Abtheilung des Niederschlesischen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 5, Corps-Artillerie, als Brigadier der 11. Gendarmerie-Brig. angestellt. Haberland, Oberst und Commandr. des Niederrheinisch. Füs.-Regts. Nr. 39, unter Stellung a la suite dieses Regts, mit der Führung des 19. Inf.-Brigade beauftragt. v. d. Burg, Oberst, aggreg. dem Niederrheinisch. Füs.-Regt. Nr. 39, zum Commdr. dieses Regts. ernannt. v. Francois, Sec.-Lt. vom 4. Posen. Inf.-Regt. Nr. 59, zur Dienstleistung bei der Schloß-Garde-Compagnie commandirt. Pförtner v. d. Hölle, Major von der 10. Gendarm.-Brigade, mit Pension nebst Aussicht auf Anstellung im Civildienst und der Uniform des Grenadier-Regiments Prinz Carl von Preußen (2. Brandenburg.) Nr. 12 der Abschied bewilligt. Winter, Oberst a. D., zuletzt Commandeur des 3. Großh. Hess. Infanterie-Regiments (Leib-Regt.) Nr. 117, unter Ertheilung der Erlaubniß zum Tragen der Uniform des gedachten Regts., in die Kategorie der zur Disp. gestellten Offiziere versetzt. Knispel, Großh. Hess. Oberst-Lieut. a. D., zuletzt als Bahnhofs-Commandant des Etappen-Anfang-Orts Darmstadt in Function gewesen, in den Verband der preuß. Armee, und zwar als Oberst-Lieut. z. D. aufgenommen. Cochius, Prem.-Lieut. a. D., früher im 2. Pos. Inf.-Regt. Nr. 19, der Charakter als Hauptmann verliehen.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.